

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 130

SONNTAG, 8. Dez. 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Zur Frage der Einheitsfront
Schacht sucht Dumme
Wachsende Unzufriedenheit
Adolf I.

Geld aus der Luft

Minister Seldtes Geschäfte — Erpressungen an Eckener und Junkers

Die Reichswehr hat schon in der Weimarer Republik mit geheimen Luftrüstungen gespielt und dabei gesetzwidrige Finanzmanipulationen unternommen. Nach der Machtergreifung Hitlers wurden diese Anfänge im großen Stile fortgesetzt. Es entstand die Luftrüstungskonjunktur, mit der Rüstungskonjunktur die Konjunktur für die Schieber und Korruptionisten. Die Bande von Aufrüstungshyänen, in deren Treiben wir in unserer letzten Nummer hineingeleuchtet haben, machte sich diese Konjunktur zu Nutzen. Wir enthüllen heute, wie sie die Luftrüstungsfirmen geschröpft und erpreßt haben.

Das Blatt des Reichsministers Seldte, die »Kreuz-Zeitung«, diente dabei wieder als Mittel. Der Hauptmann Johst, das aktivste Element in dieser Bande, bezeichnete als erstes Angriffsobjekt den Zeppelinbau in Friedrichshafen.

Dr. Eckener wird erpreßt

Auf Anweisung von Hauptmann Johst veröffentlichte die »Kreuz-Zeitung« einen Monat lang Artikel über die Notwendigkeit der deutschen Luftschiffahrt und Einzelheiten über den Zeppelinbau, unter anderem von dem Fachberater der Reichswehr, Prof. Pirath von der Technischen Hochschule in Stuttgart. Als dies geschehen war, wurde Major Wulkow von der »Kreuz-Zeitung« in erste Garnitur gesteckt und zu Dr. Eckener beordert. Es war ihm bereits eine Empfehlung der »Kreuz-Zeitung« durch die Reichswehr vorausgegangen. Eckener zeigte dem Wulkow die kalte Schulter. Er meinte, daß er sehr wenig Mittel zu Propagandazwecken zur Verfügung habe, außerdem sei die »Kreuz-Zeitung« nicht das geeignete Organ, da ihre Verbreitung und ihre Bedeutung nur gering sei.

Nach dieser Ablehnung leitete Hauptmann Johst ein regelrechtes Erpressungsmanöver ein. Er bestellte den zweiten Luftschiffkapitän des Zeppelinbaus, Flemming, nach Berlin. Flemming hatte Differenzen mit Eckener und stand sich nicht gut mit ihm. Er war eine Zeitlang der Exponent der Reichswehr beim Zeppelinbau, bis Ende 1932 Fachberater des Reichswehrministeriums für gewisse technische Einzelfragen der Luftschiffahrt. Der Luftschiffbau Friedrichshafen wird aus allgemeinen Reichsmitteln und aus Reichswehrmitteln subventioniert.

Johst verhörte nun in Berlin Flemming über seine Differenzen mit Eckener und über interne Verhältnisse des Luftschiffbaus Friedrichshafen. Flemming machte den Luftschiffbau und Eckener fürchterlich herunter; Johst fertigte darüber ein genaues Protokoll, um damit gegen Eckener vorzugehen. Dieses Protokoll wurde von Johst dem Major Wulkow von der »Kreuz-Zeitung« übergeben.

Wulkow fuhr mit einer Abschrift nach Friedrichshafen, zeigte sie Eckener und wies darauf hin, welche intimen Beziehungen die »Kreuz-Zeitung« zur Reichswehr habe. Er erzählte ihm weiter, daß die »Kreuz-Zeitung« dank ihrer ausgezeichneten Beziehungen Einfluß darauf habe, wie sich die Personalverhältnisse beim Luftschiffbau Friedrichshafen gestalten würden.

Nun mußte Eckener klein beigeben. Er erklärte sich bereit, alles, was die »Kreuz-Zeitung« bisher an Luftschiffpropaganda veröffentlicht hatte, und das, was sie noch veröffentlichen würde, zu honorieren. Er mußte dafür einen Preis von 5 Mark pro Zeile zahlen.

Bis Ende Juni 1933 hat der Luftschiffbau Friedrichshafen 20.000 Mark an die »Kreuz-Zeitung« gezahlt. Nach Abzug aller Spesen

verblieb der »Kreuz-Zeitung« ein Nettoverdienst von 14.000 Mark, von dem Hauptmann Johst die Summe von 3000 Mark erhielt.

Um System in die Sache zu bringen, führte die »Kreuz-Zeitung« eine ständige Beilage ein unter dem Titel »Luftfahrt und Luftschutz«. Hier wird der Zusammenhang zwischen der angeblich nationalen Propaganda und der Raffgier der Aufrüstungshyänen ganz klar. Der Zweck der Sache war nur, Herrn Franz Seldte, mit ihm Offiziere, Sachverständige, Beamte an den Rüstungsgewinnen zu beteiligen.

Die Leute von der »Kreuz-Zeitung« brauchten zu dieser neuen Serie von Geschäften sogenannte Sachverständige. Die Gruppe um den Hauptmann Johst schob nun eine neue Gruppe ins Geschäft. Es war vor allem der Ingenieur Fritz Hohm, der ein internationales Archiv für Luftfahrt besitzt und seit 1923 Fachberater der Reichswehr ist. Dieser stellte die Verbindungen her zu Dr. Heinz Orlovius, dem Pressechef des Luftfahrtministeriums, dem Oberregierungsrat Großkreutz und dem Reichsleiter des zivilen Luftschutzes Cors. Als die Beilage der »Kreuz-Zeitung« startete, lieferte Orlovius den dazu gehörigen Leitartikel; Honorar 1000 Mark, Cors und Hohm je einen Artikel, für den sie jeder 500 Mark erhielten. Nun mußten mit dieser Beilage die üblichen Geschäfte gemacht werden. Dabei tauchte Hauptmann Johst wieder auf und erklärte: »Ich muß mitgenommen werden.« Die erste Firma, die aufs Korn genommen wurde, war — teufliche Ironie — die Derop (Deutsch-Russische Petroleumgesellschaft).

Die Derop muß bluten

Mit den üblichen Mitteln und deutlichen Drohungen wurde die Firma genötigt, Insetrate aufzugeben und Abonnements abzunehmen. Die Bearbeitung dieser Firma übernahm Cors, danach ging Wulkow und machte das Geschäft fertig.

Das Ruhrgebiet — ein brodelnder Hexenkessel

Offene Lebensmittelunruhen in Recklinghausen

Aus Westdeutschland wird uns berichtet: Im Ruhrgebiet hat die Nahrungsmittelnot in der Bevölkerung eine ungeheure Spannung hervorgerufen. In allen Schichten der Bevölkerung herrscht Unruhe. Bei den kleinen Gelegenheiten des täglichen Lebens wird den Nazis der gallige Unwille deutlich ins Gesicht geschleudert. Frauen treten gegen Frauen auf, schlagen sich um ein Viertelpfund Fett und gießen den ganzen angesammelten Haß und Hohn über die Naziweiber.

In den Betrieben werden die Nazis am laufenden Band in ironischer und zynischer Weise gehöhnt. Im Mittelstand herrscht eine unbeschreibliche Hilflosigkeit und Unruhe, da die Existenz jetzt genau so bedroht ist wie in der Inflationszeit. Die Polizei übt eine starke Zurückhaltung, selbst bei Zusammenstößen auf der Straße. Es werden Szenen berichtet, in denen die Polizeibeamten statt einzugreifen zu beruhigen versuchten oder den Schauplatz verließen, um nicht eingreifen zu müssen.

Die Spannung führte am 23. November in Recklinghausen zu ersten Lebensmittelunruhen auf dem Wochenmarkt.

Der Auftrag der Derop belief sich auf etwa 10.000 Mark. Davon erhielten: Johst 1000 Mark, Cors 500 Mark, Orlovius 500 Mark.

Junkers wird erpreßt

Nun wurde die Firma Junkers aufs Korn genommen. Das besorgten gemeinschaftlich Johst und Orlovius. Major Schäfer und Orlovius schoben der »Kreuz-Zeitung« Material über die Zustände in den Junkerswerken zu. Es ging der Junkers-Gesellschaft damals finanziell schlecht, es sollten dort Schweinereien vorgekommen sein, auch sollten die Geschäftsmethoden nicht ganz einwandfrei gewesen sein. In der »Kreuz-Zeitung« wurde nun dies Material zu einem Artikel verarbeitet, der die Firma vernichten mußte. Verabredungsgemäß erhielten Johst, Cors und Orlovius Vorabzüge dieses Artikels. Junkers kam nach Berlin, Johst und Orlovius unterbreiteten ihm dieses Material und erklärten ihm, daß die »Kreuz-Zeitung« es veröffentlichen wolle. Junkers, der einen neuen Dieselmotor für Flugzeuge vorführen wollte, erschrak und bat um Vermittlung.

Johst und Orlovius erklärten nun, daß eine Verbindung des Erscheinens des Artikels nicht nur im Interesse des Junkers-Flugzeugbaus, sondern im allgemeinen nationalen Interesse läge. Leider aber hätten sie keine Möglichkeit, die Publikation zu verhindern, da der Artikel nur konkrete Tatsachen brächte. Die Junkers-Werke mußten sich selbst darum bemühen, vielleicht könnten sie auf die »Kreuz-Zeitung« einwirken, freilich würde dies eine Menge Geld kosten.

Man sandte den Professor Junkers zu Major Wulkow. Der war schon im Bilde. Er begnügte sich angesichts der schlechten Finanzlage der Junkers-Werke mit 5000 Mark. Innerhalb von drei Tagen zahlten die Junkers-Werke an die »Kreuz-Zeitung«. Von dem Geld erhielten Johst 500 Mark, Orlovius 300 Mark, Wulkow 300 Mark.

Rohrbach zahlt

Im Juni/Juli 1933 konnte die Firma Rohrbach nicht in das Aufrüstungsgeschäft kommen. Aus irgendwelchen Gründen war Rohrbach weder bei der Reichswehr, noch beim Reichsluftfahrtministerium beliebt. Er wurde deshalb auch nicht subventioniert. Da er aber immer wieder sich um Subventionen bewarb, wurde schließlich eine Kommission zu ihm geschickt, um seinen Betrieb zu prüfen. Dieser Kommission gehörten u. a. Johst, Orlovius und Cors an. Nach der Besichtigung des Betriebes sagten ihm die drei, er solle doch seine neuen Modelle in geeigneter Weise in der Presse propagieren. Dafür käme aber nur die ausgezeichnete Luftfahrtbeilage der »Kreuz-Zeitung« in Frage. Das kostete natürlich Geld. Als Rohrbach fragte, wo er das Geld hernehmen solle, sagte man ihm, das müsse er zunächst einmal investieren. Später würde er dann schon Subventionen erhalten.

Rohrbach wandte sich nun tatsächlich an die »Kreuz-Zeitung« und zahlte ihr für Propaganda für seine Produktion 5000 Mark. Davon erhielten Johst, Cors und Orlovius je 500 Mark. Die Propaganda-Artikel über die Rohrbach-Werke schrieb Hohm, der in der üblichen fürstlichen Weise dafür honoriert wurde.

Die national-militärpolitischen Gründe bei Focke-Wulf

Bei der Firma Focke-Wulf in Bremen war der Vorgang ähnlich wie bei Rohrbach. Gelderfolg für die »Kreuz-Zeitung« 3000 Mark, davon je 300 Mark Provision an Johst, Orlovius und Cors. Hohm lieferte wieder die Artikel, wofür er selbstverständlich sein Honorar erhielt. Diese Artikel konnten aber nicht erscheinen, aus dem einfachen Grunde, weil bei der »Kreuz-Zeitung« schon so viel Material vorlag, daß gar nicht mehr alles publiziert werden konnte. Die Firmen, die hohe Beträge für Propagandazwecke gezahlt hatten, waren einfach übers Ohr gehauen. Die Firma Focke-Wulf jedoch drängte, sie wollte für ihre 3000 Mark wirkliche Propaganda sehen. Da rief Orlovius bei der Firma an und erklärte: »Aus national-militärpolitischen Gründen dürfen die Artikel vorläufig nicht erscheinen.«

Bayrische Motoren-Werke

Auch bei den Bayrischen Motoren-Werken wurde das Geschäft ähnlich getätigt wie in den vorhergenannten Fällen. Die Zahlung an die »Kreuz-Zeitung« betrug 5000 Mark, davon die üblichen Provisionen an Johst, Orlovius und Cors. In diesem Falle bekam Hohm direkt, ohne Artikel zu liefern. Schließlich kam auch der Zeppelinbau Friedrichshafen noch einmal dran. Er hatte Mitte 1933 eine Subvention aus Reichsmitteln von etwa 100.000 Mark für besondere Zwecke erhalten. Nun leisteten Schäfer, Orlovius, Großkreutz und Hohm die üblichen Vorarbeiten, der geschäftliche Erfolg für die »Kreuz-Zeitung« betrug 10.000 Mark, Schäfer, Orlovius, Großkreutz und Hohm erhielten je 500 Mark.

Alle diese Vorgänge spielten sich im Juni und Juli 1933 ab. Der Reichsminister Franz Seldte steckte die auf diese Weise für seine Zeitung ergaunerten Gelder ein. Er war über Herkunft und Eingang der Gelder, über die angewandten Methoden, sowie über die gezahlten Schmiergelder vollständig im Bilde. Er hat damit ein Vermögen verdient.

Die Unzufriedenheit wächst!

Von den Voraussetzungen der Revolution

Von der Ernährungsfront nichts Neues! Die Knappheit an Butter und Schweinefleisch dauert trotz etwas vermehrter Einfuhr unvermindert an. Obst und viele Gemüsesorten sind zum Teil gleichfalls wenig angeboten, die Qualität ist schlecht und die Preise sind hoch. An eine rasche Aenderung der Lage glaubt niemand mehr, und selbst die offiziellen Versprechungen, in Kürze würden die normalen Verhältnisse wiederkehren, werden immer spärlicher. Dafür versichern die »Führer« aller Art immer nachdrücklicher, daß Butter und Fleisch weniger notwendig seien als Kanonen. Die Frage ist, im Grunde genommen, ganz richtig gestellt. In der Wirtschaft gibt es keine Wunder. Wenn ein übermäßig großer Teil der Produktivkräfte der deutschen Wirtschaft zur Erzeugung von Kanonen, Flugzeugen, kurz des ganzen ungeheuren Heeresapparats verwandt wird, dann steht ein um so geringerer Teil von Produktivkräften zur Erzeugung von Lebensmitteln, Kleidung und Kulturbedürfnissen zur Verfügung. Dabei macht es in letzter Linie keinen Unterschied, daß in dem verruchten liberalistischen System ein Teil der Produktivkräfte zur Erzeugung nützlicher Industriewaren verwandt wurde, die mit dem Ausland in Milliardenumsätzen gegen Lebensmittel und Rohstoffe umgetauscht wurden und so zugleich der Beschäftigung der Industrie und der Versorgung der Bevölkerung dienten. Daß die deutsche Kriegswirtschaft diesen Internationalen Austausch zu einem großen Teil vernichtet hat, daß sie statt für den Export brauchbare Güter Kriegswerkzeuge produziert, die zur Ausfuhr unbrauchbar sind, das hat eben die Lebensmittel- und Rohstoffknappheit hervorgerufen. Solange die nationalsozialistische Herrschaft andauert, muß auch die Knappheit andauern und sich verschärfen. Fett und Fleisch sind im totalitären Staat keine Fragen des privaten Haushalts: sie sind politische Fragen. Wenn die Deutschen hungern wollen, um den künftigen Krieg besser vorzubereiten, dann müssen sie es eben tun. Wollen sie keinen Krieg, wollen sie wie ein Kulturvolk leben, wollen sie eine ehrliche und anständige Friedenspolitik machen, dann müssen sie begreifen, daß die Fett- und Fleischfrage keine Privatangelegenheit ist, sondern aus dem Wesen des nationalsozialistischen Regimes entspringt. Dann müssen all die Leute, die heute schimpfen und meckern, sich darüber Gedanken machen, was sie eigentlich wollen. Sie müssen verstehen, daß all diese Einzelfragen, die von einander unabhängig zu sein scheinen, von denen jede einzelne ihnen vielleicht als bloßer Schönheitsfehler des Systems erscheint, dem man ja bei einigem guten Willen oder etwas größerer Einsicht leicht abhelfen könnte, in Wirklichkeit aufs engste zusammenhängen und nur durch den Sturz des ganzen Systems beseitigt werden können.

Daß er zu wenig Butter und Fett bekommt, ärgert jeden einzelnen; da aber dieser Zustand durch die Machtpolitik des Systems hervorgerufen ist, müßte seine Einsicht ihm sagen, daß diese Politik geändert werden muß, daß dieses System durch ein anderes zu ersetzen sei, das nicht steigende Verelendung bedeutet. So lange er nichts weiter wünscht, als statt eines Achtelpfunds Butter ein halbes zu bekommen, bleibt sein Wunsch eine rein private Angelegenheit. Erst wenn er begreift, daß sein Wunsch in diesem System unerfüllbar ist und wenn bei ihm statt des knurrenden Magens das Gehirn in Funktion tritt und ihn lehrt, daß seine private Angelegenheit eine allgemeinpolitische Lösung verlangt, erst dann wird aus Schimpferei und Meckerei die politische Opposition geboren werden! Denn dann wird er auch begreifen, daß die Fett- und Fleischfrage gar nichts Vereinzelt und an sich vielleicht auch nicht einmal das Allerbedeutsamste ist. Den christlichen Kreisen mag die Einschränkung ihrer Glaubensfreiheit noch wichtiger sein. Auch sie mögen sich eine Zeit lang einbilden, es handle sich nur um einen Schönheitsfehler, sie müssen aber immer mehr aus harter Erfahrung lernen, daß das System mit Erfolg darauf beharrt, ihnen seine »Weltanschauung« zu oktroyieren, weil auf der Gleich-

schaltung und Vereinheitlichung aller Gesinnung seine Stärke beruht.

Die Ernährungsfragen sind auch nicht die einzigen Wirtschaftssorgen in Deutschland. Die Bauern sind über die Eingriffe in ihrer Wirtschaft, über die Erschütterung ihrer Kreditfähigkeit durch das Erbhofgesetz, über die Zwangsablieferungen ihrer Produkte aufs äußerste erbittert. Die Industriellen sehen mit immer größerem Besorgnis die wachsenden Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung, fürchten die Fehlinvestitionen, die ihnen durch die zwangsweise Errichtung von Werken für die teureren und unzulänglichen Ersatzstoffe auferlegt werden, und sehen das Schwinden des Geldwertes durch die inflationistische Finanzierung immer unvermeidlicher herannahen. Für alle diese Kreise gilt das gleiche: so lange sie nur ihre partikularen Interessen verletzt sehen, so lange sie in der Vereinzelung der Abwehr gegen die Verletzung ihrer Sonderinteressen beharren, so lange bleiben sie ohnmächtig, bleibt das System allmächtig. Erst wenn sie verstehen, daß sie alle Opfer des Systems sind, erst dann können die einzelnen partikularen Interessen zusammengefaßt werden und in eine allgemeine politische Bewegung ausmünden, die die Beseitigung dieses Systems anstrebt und den einzelnen gesellschaftlichen Interessen jene Bewegungsfreiheit erobert, die ihnen jetzt genommen ist und genommen bleiben wird, so lange sie in der Vereinzelung, d. h. also so lange sie unpolitisch bleiben.

Ob dieser Prozeß der notwendigen Poli-

tisierung in nennenswertem Maße bereits eingesetzt hat, ob die fast völlige Atomisierung aller gesellschaftlichen Bewegungen, die die Diktatur in ihrem ersten Stadium erreicht zu haben glaubte, schon in stärkerem Maße überwunden wird, läßt sich schwer beurteilen. Aber die Nachrichten aus Deutschland bestätigen auf alle Fälle, daß die Voraussetzung dieser Politisierung, das sehr rasche Wachsen der Unzufriedenheit, in der letzten Zeit ganz auffällige Fortschritte gemacht hat. Ein Mann, der kürzlich nach längerer Abwesenheit einige Zeit in Deutschland weilte, ein Bürgerlicher, der zu Industriellen- und Bankkreisen stets in engen Beziehungen stand, schilderte kürzlich sehr anschaulich den Umschlag der Stimmung gerade in diesen Kreisen. Dieselben Industriellen, die noch vor einigen Monaten zwar Besorgnisse über einzelne Fehler des Regimes äußerten, aber zugleich ihrer Zuversicht Ausdruck gaben, daß man trotz allem schon durchkommen und Erfolge erzielen werde, sind heute tief deprimiert.

Sie fürchten vor allem den unausbleiblichen Beschäftigungsrückgang. Die Berliner Großbetriebe Siemens, AEG, Osram, sehen sich vor der Notwendigkeit, ganze Abteilungen stillzulegen, während andererseits von den Nationalsozialisten der stärkste Druck ausgeübt wird, möglichst viel Arbeiter in den Betrieben durchzuhalten. In den Kreisen der mittleren Industrie drückt die doppelte Sorge des Rohstoffmangels und des Konsumrückgangs in einer ganzen Anzahl von Wirtschaftszwei-

gen, vor allem in der Textil-, der Schuh- und der Radioindustrie. Auch in der bisher so begünstigten Autoindustrie mehren sich Zweifel, ob der Absatz noch lange im bisherigen Umfang aufrecht zu halten sein wird. Daneben spielt aber das Problem der Werterhaltung des Geldes eine immer größere Rolle. Die Angliederungen aller Art, auch die Anlagen in ganz disparaten Unternehmungen, häufen sich in auffälliger Weise. Und die Inflationsangst verbreitet sich von diesen Kreisen aus allmählich auf andere Schichten. Brillanten sind in Berlin kaum mehr erhältlich, obwohl sie bis zum vierfachen des Wertes überzahlt werden. Die großen Juwelengeschäfte sind ausverkauft und goldene Zigarettendosen vom Markte verschwunden. In den Straßen aber stehen die Frauen nach wie vor Schlange vor den Butterläden. Die Stimmung ist miserabel und die bitteren Witzworte fliegen von Mund zu Mund.

»Was ist paradox? Wenn es in dem Sautastall kein Schweinefleisch gibt.«

»Hitler hält seine Versprechungen; er hat allen Brot und Arbeit versprochen, aber keine Butter. Heil Hitler.«

Trotz Spitzel-Ueberwachung und häufigen Verhaftungen wird laut geschimpft. Die Einschüchterungen haben an Wirksamkeit verloren. Kaum weniger unzufrieden als die schimpfenden Arbeiterinnen sind die Fleischer und Bäcker, einst die treuesten Hitleranhänger und heute die Opfer durch den Konsumrückgang und die mangelnde Versorgung.

So sind alle Elemente vorhanden, aus denen allmählich politische Opposition geformt werden kann, sobald den Geschädigten und Unterdrückten zum Bewußtsein kommt, daß die gemeinsame Wurzel des Übels in dem System liegt, das Deutschland die politische Freiheit geraubt hat.

Dr. Richard Kern.

Wieder Zuchthausurteile gegen Sozialdemokraten!

Zuchthaus für Gefangenenhilfe

Vor einem Jahre, Mitte November 1934, wurden in Bremen etwa 100 Sozialdemokraten verhaftet, von denen im Laufe der folgenden Wochen und Monate rund die Hälfte wieder entlassen werden mußte; denn gegen sie konnte die schneidelfertige Gestapo selbst beim besten Willen nichts finden und nichts plausibles erfinden. 47 der verhafteten Männer und Frauen, die nun seit über einem Jahr in Untersuchungshaft sitzen, werden jetzt in vier getrennten Gruppen vom sogenannten »Strafsenat des hanseatischen Oberlandesgerichts« abgeurteilt. Dieses augenblicklich in Bremen tagende Kollegium hat sich bereits in früheren Hamburger Urteilen durch sadistisch gemeine Zuchthausurteile gegen Sozialdemokraten ausgezeichnet. Das Urteil gegen die erste Gruppe von 14 sozialdemokratischen Frauen und Männern steht der bisherigen Praxis dieses Gerichts in nichts nach. Im Strafmaß teilweise noch über die Anträge des Staatsanwalts hinausgehend, wurden wegen »Vorbereitung des Hochverrats« folgende Urteile gegen unsere Genossen verhängt:

H. Osterloh acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Bei der Strafzumessung fiel verschärfend ins Gewicht, daß Osterloh in russischer Kriegsgefangenschaft mit einer Sowjetauszeichnung bedacht worden sei!

Frau Anna Stiegler, vom Staatsanwalt als eine »besonders gefährliche Marxistin« bezeichnet, fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Die Genossin Stiegler hat seit den Tagen des »Umbruchs« ihre Aufgabe darin gesehen, die braunen und blauen Bonzen-Instanzen abzulaufen, um den willkürlich inhaftierten Genossen Entlassung oder doch Erleichterungen zu bringen. Diese menschliche, beim Umgang mit SA-Banditen allerdings lebensgefährliche Arbeit, bringen ihr nun dieses Zuchthausurteil ein.

Der Genosse **Kühn** erhielt drei Jahre sechs Monate Zuchthaus, der Genosse **Blunk** vier Jahre Zuchthaus, der Genosse **Hans Hackmack**, früherer Redakteur der »Volkszeitung«, drei Jahre Zuchthaus. Die Genossinnen **Frau Berthold**, **Frau Carstens** und **Frau Lange** erhielten vier und je drei Jahre Zuchthaus. Der Genosse **Blase** bekam drei Jahre Zuchthaus zudiktiert.

Nach dem Gesetz gegen Neugründung von Parteien wurden verurteilt: der Genosse **Ernemann** zu drei Jahren Gefängnis, der frühere Jugendsekretär **Lanke-**

nau zu 18 Monaten Gefängnis, der Jugendgenosse **Bojahn** zu zwei Jahren Gefängnis und die Genossin **Kegler** zu einem Jahr Gefängnis. Der Angeklagte **Bornemann** wurde als einziger freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird den Verurteilten nur zum Teil angerechnet.

Dem Urteil liegt als einziger Tatbestand zu Grunde, daß diese Genossen und Genossinnen Gelder gesammelt haben, die der Hilfe für die notleidenden Familien von Konzentrationslagerhäftlingen dienten. An »staatsgefährlichen« Gegenständen wurden beschlagnahmt: zwei Sparkassenbücher mit 50 und 60 Mk., zwei Barbeträge von 80 und 100 Mk. und ein Fahrrad! Dem Genossen **Lankensau**, wurde zur Last gelegt, daß er diese Hilfe zwischen Bremen und Hamburg zentral organisieren wollte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er zugebe, dreimal in Hamburg gewesen zu sein, antwortete er: »Ja, aber die Hamburger wollten nicht.« Die Genossen haben sich den Schergen gegenüber tapfer und mutig benommen.

Der charitative Charakter dieser Arbeit ist natürlich weiten Kreisen der Bremer Bevölkerung bekannt. Und der Senatspräsident mußte in der Urteilsbegründung einen rechten Elertanz aufzuführen, um zu beweisen, daß diese Nächstenliebe im Dritten Reich zuchthauswürdig sei. Er leitete seine Begründung ein, in dem er behauptete, gegen »eine charitative Tätigkeit sei an sich nichts einzuwenden.« Daß er dann dennoch solche Zuchthausurteile fällte, begründete er damit, daß die charitative Tätigkeit unserer Genossen in eine politische übergegangen sei, weil sie parteimäßig bedingt und organisiert und damit »illegal« geworden sei. Wenn man dieses Kauderwelsch in verständliches Deutsch überträgt, verlangt also der Vorsitzende, daß die gesammelten Gelder der »überparteilichen nationalsozialistischen Bewegung« hätten anvertraut werden müssen. Wenn einige NS-Bonzen an den abgedarbtten Arbeitergrotschen sich ihre schmutzigen Finger hätten abwischen und das Klebengebliebene hätten einstecken können, dann wäre nach neudeutscher Rechtsprechung von strafwürdiger Unterstützungsaktion keine Rede mehr.

Aber der Vorsitzende dieses Gerichtshofes verrät sich ja selbst, wenn er die faulen Ausreden über die »illegale« Hilfsaktion verläßt und dann sehr offen die Befehle seiner Auftraggeber erkennen läßt:

»Der Kampf gegen die marxistische

SPD muß aufs schärfste geführt werden, sie ist in mancher Beziehung noch gefährlicher als die KPD.«

So sagte er wörtlich in der Urteilsbegründung. Wenn er dann seine Urteilsbegründung mit dem Hinweis beschloß, daß neben den Zuchthausstrafen auf Ehrverlust erkannt wurde, weil vom nationalsozialistischen Standpunkt aus der Verräter ehrios sei, so bleibt hierzu nur zu sagen, daß diesen Angeklagten eine »Ehre«, wie sie diesem Gerichtshof eigen ist, nie abzusprechen war; denn diese Kämpfer für ihre Gesinnung haben nie eine Ehre im Sinne dieses ehriosen und verbrecherischen Systems besessen und sind stolz darauf. In öffentlicher Gerichtssetzung von dem Ehrbegriff dieses Staates und seiner Söldner distanziert zu werden, ist die einzige, wenn auch ungewollte Ehre, die dieser Gerichtshof den Angeklagten zuteil werden lassen konnte!

Wir wollen die Namen dieses Staatsanwalts und dieses Senatspräsidenten nicht vergessen. Der Staatsanwalt heißt **Lehmann**, der Senatspräsident **Dr. Roth**. Beide haben einst vertraulich den Marxisten versichert, daß sie das braune Verbrechen innerlich ablehnten, sie haben nur mit dem Hinweis auf ihre Kinder entschuldigt, daß sie nicht die Konsequenzen zögen. Erziehung und Karriere ihrer Kinder finanzieren sie heute mit grausamen Schandurteilen gegen aufrechte Sozialdemokraten!

Deutsche Reichskanzler im Exil

Das in Holland erscheinende Blatt der deutschen Katholiken »Der deutsche Weg« widmet dem ehemaligen Reichskanzler **Dr. Heinrich Brüning** aus Anlaß seines 50. Geburtstags einen längeren Aufsatz, in dem es heißt: »Heinrich Brüning weilt seit langem in der Verbannung.« Damit wird zum ersten Mal auszusagen mitgeteilt, daß Brüning in der Emigration lebt. Von den Vorgängern **Hitlers** im Reichskanzleramt ist einer, **General von Schleicher**, auf **Görings** Befehl und mit **Hitlers** Zustimmung ermordet worden. Drei ehemalige Reichskanzler, **Scheidemann**, **Wirth** und **Brüning**, sind nur dadurch, daß sie Deutschland rechtzeitig verließen, dem gleichen Schicksal entgangen.

Dank vom Hause Hitler-Bürkel

Das Ende eines politischen Selbstmordver-
suches.

Man schreibt uns aus Luxemburg:

Schon vor einiger Zeit traf hier, wie jetzt bekannt wird, der saar-deutsche katholische Prälat und Dekan Schlicht-Saarbrücken ein, um sich mit in die Reihe der Deutschen aus so ziemlich allen Parteilagern zu stellen, deren Emigrantenschicksal der hochwürdige Herr bis noch vor einem Jahr sicherlich nur mäßiges Verständnis entgegengebracht hat. Denn wer ist Herr Prälat und Dekan Schlicht aus der Saarländischen Hauptstadt? Nun — man darf sagen, daß er auf katholisch-kerchlicher Seite mit der entschiedensten politischen Widerwärtigkeit und Gegenspieler der saarländischen Katholiken war, die in Hinsicht auf das Saarplöbisch glaubten, es mit ihrem Gewissen nicht verantworten zu können, ihre Heimat der Schreckensherrschaft der Nazis auszuliefern. Herr Prälat Schlicht, an prominenter Stelle der saarländischen katholischen Hierarchie, zählte auf jeden Fall zu den intimsten politischen Feinden der tapferen Redaktion der für den Abstimmungskampf gegründeten katholischen »Neuen Saarpöste«. Auf die Initiative desselben Herrn Prälaten ging auch die »berühmte« Erklärung der Saar-Dechanten unmittelbar vor der Abstimmung zurück, die sich für die bedingungslose und sofortige Rückgliederung aussprach und damit sozusagen das entscheidende letzte und autoritativste Wort der kirchlichen Gewalten in jener Wissensfrage darstellte, das für die Entscheidung nur allzustark ins Gewicht fiel.

Sicherlich hat der Herr Prälat diese Haltung nur eingenommen, weil er die zucker-süßen Redensarten des Hitler-Saar-Kommissars, des Herrn Bürkel, über die üblichen Absichten des Dritten Reiches in Hinsicht auf die katholische Lehre und Glaubenswelt für bare Münze hielt, die er im rückgegliederten Saargebiet dann vergebens versuchte, in Zahlung zu geben — ein Illusionist mehr in bezug auf den germanischen Ehre- und Treuebegriff bei den Nazis. Herr Prälat Schlicht ist nicht der erste solcher politischer Selbstmordkandidaten, von Hugenberg angefangen.

Aber unmittelbar scheint der Anlaß der Flucht des Herrn Prälaten darin zu bestehen, daß ein anderer prominenter Saar-Geistlicher, der übrige Herr Schlichts pro-hitlerischen Standpunkt im Abstimmungskampf völlig teilte, der Jugend-Präsident Müller, bereits seit Wochen in der Gefangenschaft des Regimes darüber nachzudenken Gelegenheit hat, was er mit seinem Verhalten im Januar dieses Jahres im Hinblick auf die öffentliche Moral im Saargebiet angerechnet hat. Denn gegen den Präsidenten Müller wurde schon vor einiger Zeit von den Nazis ein Verfahren wegen Hochverrates eingeleitet und er kam so in Untersuchungshaft. Nun hat zwar das zuständige Gericht die Sache selbst niedergeschlagen. Aber wie es schon so im Dritten Reich — und jetzt an der Saar nicht anders! — üblich und »rechtmäßig« ist, wurde Herr Müller nur aus der Gewalt des Gefängnisdirektors entlassen, um der brutalen der SA und SS im Konzentrationslager überantwortet zu werden. Diese über ihn verhängte »Schutzhaft« dauert noch an. Auf jeden Fall — Herr Prälat Schlicht zog es auf diesen Fall hin vor, sich selbst der Gleichschaltung zu entziehen, wie sehr er auch für die Gleichschaltung der ihm Anvertrauten eingetroten war ...

Es ist verständlich, wenn der Herr Prälat bisher in der Emigration geschwiegen hat und überhaupt am liebsten seinen »Fall« nicht publik werden lassen wollte. Diese privaten Gefühle besagen freilich nicht viel zur grimmigen Ironie des geschilderten Sachverhaltes!

Ein streitbarer Pfarrer

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Im Juli d. J. kam es in Rascheid (Kreis Trier-Land) zu aktivem Widerstand der Ortsbevölkerung gegen die Gendarmerie, die eine 30 Meter hohe Fahnenstange des katholischen Junglingsvereins mit einer 3 Meter langen Fahne entfernen wollte. Pfarrer Muth, der seinen Namen verdient, hatte sie aufgerichtet, und zwar so, daß das kämpferische Wahrzeichen gegen das Hakenkreuz stundenweit in die Umgebung wirkte.

Ortsfremde Nazis versuchten zunächst, in der Dunkelheit den Fahnenmast umzuwerfen, aber die Dörfler waren wachsam, und die Nazis mußten fliehen. Dann wirkten hohe Nazibonzen auf den Pfarrer ein, aber er gab nicht nach. Schließlich erschien Gendarmerie, um die Fahne einzuziehen, aber die ausge-

Zur Frage der Einheitsfront

Mitte November erhielt der Parteivorstand ein Schreiben des Zentralkomitees der KPD, in dem vorgeschlagen wurde, die beiden Partispitzen sollten zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur und zur Wiedereroberung der verlorenen Freiheiten eine gemeinsame Erklärung herausgeben und eine Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen in einer Reihe von aktuellen Fragen abschließen. Das Zentralkomitee benannte seine Mitglieder Walter und Franz als seine Vertreter und ersuchte den Parteivorstand, auch seinerseits zwei Vertreter zu bestimmen, um Besprechungen über die kommunistischen Vorschläge einzuleiten. Der Parteivorstand beauftragte die Genossen Vogel und Stampfer mit dieser Aufgabe; die Besprechung fand am 23. November in Prag statt.

Zur Vorbereitung und als Richtlinie für seine Vertreter hatte der Parteivorstand eine Denkschrift ausgearbeitet, die im Verlauf der Aussprache den Kommunisten überreicht wurde. Wir veröffentlichen sie weiter unten.

Die Vertreter der Sozialdemokratie versuchten die Kommunisten davon zu überzeugen, daß das von ihnen vorgeschlagene Verfahren unter den gegenwärtigen Umständen weder möglich noch zweckmäßig sei. Sie schlugen einen Nichtangriffspakt vor, dem ein Zusammengehen von Fall zu Fall und später, wenn das Vertrauen hergestellt sei, auch eine noch engere Gemeinschaft folgen könnte.

Die Vertreter der KPD bestanden demgegenüber auf ihrer Forderung einer sofort herauszubehenden Deklaration der sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront. Einen Nichtangriffspakt lehnten sie ab, da sie nicht darauf verzichten könnten, diejenigen Sozialdemokraten anzugreifen, die die Einheitsfront in ihrem Sinne ablehnen. Ihre Forderung erhielt auf diese Weise eine ultimative Bedeutung: entweder Erfüllung oder Kampf. Eine Einigung war unmöglich.

Auch darüber, ob über die Besprechung eine Veröffentlichung erfolgen sollte, war eine Verständigung nicht zu erzielen. Die Sozialdemokraten vertraten den Standpunkt, daß ein ernstlicher Versuch, das Verhältnis der beiden Parteien zueinander zu bessern, nur in vertraulichen Fühlungen unternommen werden könnte, sie rieten daher, zunächst auf jede Veröffentlichung zu verzichten. Demgegenüber beriefen sich die Kommunisten darauf, daß sie schon von sich aus die Tatsache der geplanten Besprechung veröffentlicht hätten, und nun auch ihre Anhänger von dem Ausgang unterrichten müßten. Die Sozialdemokraten schlossen die Aussprache mit der Erklärung, daß von der Art, in der diese Unterrichtung erfolge, für die weitere Entwicklung der Dinge viel abhängen werde.

Einige Tage darauf erschien der »Gegenangriff« mit einem Bericht über die Besprechung, der nicht weniger als acht Spalten des Blattes füllte. Darin sind die kommunistischen Ausführungen in rund 900 Zeilen, die sozialdemokratischen in rund 60 Zeilen wiedergegeben. Die Wieder-gabe ist außerdem in wichtigen Punkten falsch, so daß die Vertreter des Parteivorstandes jede Verantwortung für die ihnen in den Mund gelegten Äußerungen ablehnen müssen. Auch der Text der kommunistischen Reden weist gegenüber den tatsächlich gemachten Ausführungen der beiden Vertreter des ZK starke Verschiedenheiten auf. Der ganze Bericht, der ohne

stellten Posten der Bauernjagd hatten das Anrücken der Staatsgewalt gemeldet, und die Fahne war verschwunden, als die Gendarmen ankamen. Auch der nationalsozialistische Kreisleiter mußte unverrichteter Sache abreisen. Pfarrer Muth ließ ihn abblitzen. Nun kam wieder Gendarmerie. Etwa 200 Ortsbewohner verbarrikadierten sich gegen die Beamten. Da der Pfarrer aber kein Blutvergießen wollte, wurde die Fahne schließlich von den Beamten entfernt. Der Pfarrer ist jetzt vor dem Sondergericht in Trier zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat nichts gelugnet und nichts beschönigt, sondern stand aufrecht und ehrlich vor Gericht. So gab er zu, gepredigt zu haben: »Die Eltern, die ihre Kinder in die HJ schicken, verschreiben sie dem Teufel.«

Vorwissen und ohne Zustimmung einer der beiden Verhandlungspartner veröffentlicht worden ist, gibt vom Verlauf der Besprechung ein völlig falsches Bild.

Dem Ziel, das Verhältnis der beiden Parteien zueinander zu bessern und den Zusammenschluß aller Hitlergegner zum gemeinsamen Angriff herbeizuführen, wird durch Veröffentlichungen solcher Art nicht gedient.

Die Denkschrift des Parteivorstands

Die Stärke der Hitlerdiktatur ist die Unmöglichkeit ihrer Gegner. Jeder Schritt zur Überwindung dieser Uneinigkeit ist ein Schritt zum Sturz der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Bildung eines gemeinsamen Willens zum Sturz der Diktatur in allen Schichten des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft, ist daher die dringendste politische Aufgabe der Gegenwart. Für ihre Lösung ist das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und kommunistischer Partei von wesentlicher Bedeutung.

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur kommunistischen Partei ist durch siebzehn Jahre des Kampfes belastet, der von der KPD im Angriff, von der Sozialdemokratie in der Verteidigung geführt wurde. Auch die Parole der Einheitsfront war damals ein Mittel des Kampfes gegen die sozialdemokratische Partei. Da die Partei auf demokratischer Grundlage aufgebaut war und ihre Meinungskämpfe offen austrug, war allgemein bekannt, daß in ihr Meinungsverschiedenheiten über ihr Verhältnis zu den Kommunisten bestanden. Die Einheitsfrontparole sollte die Sozialdemokratie »entlarven«, d. h. fälschlich als Gegnerin der Einheit hinstellen, und den Kampf innerhalb ihrer eigenen Reihen verschärfen. Darum wurde die Einheitsfrontparole von der großen Mehrheit der Partei abgelehnt.

Was die Partei wollte, war weder der Kampf mit der KPD, noch ein Bündnis mit ihr, sondern eine Besserung des Verhältnisses der beiden Parteien zueinander, die den Weg zu einer späteren Einigung öffnen sollte. Gerade aber dieser »Nichtangriffspakt« wurde von der KPD hartnäckig abgelehnt. Das bestärkte die meisten Sozialdemokraten erst recht in der Auffassung, daß die Einheitsfrontparole ein Mittel sei, nicht den vererblichen Kampf zu beenden, sondern ihn mit einer neuen Kriegslinie weiterzuführen. Diese Auffassung wirkt auch heute noch nach.

Um eine aufrichtig gemeinte, echte Einigkeit herzustellen, müssen die historisch entstandenen Schwierigkeiten beseitigt werden. Das wird um so leichter werden, je stärker sich die ganze Arbeiterklasse dessen bewußt wird, was die bürgerlichen Freiheitsrechte der Demokratie für sie bedeuten, je mehr infolge dessen die Leidenschaften der alten Richtungskämpfe schwinden und das Vertrauen wächst.

Heute ist dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen. Seine Entwicklungsstufen können nicht übersprungen werden. Sie können es um so weniger, da der Terror jede öffentliche Aussprache in Deutschland verhindert.

Von den Parteien, die durch den nationalsozialistischen Erdrutsch verschüttet wurden, war die sozialdemokratische Partei mit ihren rund einer Million Mitgliedern die stärkste. Sie ist durch den Terror an jeder legalen Aktion gehindert, aber sie ist nicht zerstört, sondern besteht als Gestattungsgemeinschaft weiter fort. Für den zukünftigen Entscheidungskampf ist sie ein überaus wichtiger Faktor. Das Vertrauen der Massen zu ihr ist seit einiger Zeit in ständigem Steigen begriffen. Der Vergleich der heutigen Barbarei und korrupten Bonzenwirtschaft mit den menschlichen und sauberen Zuständen von früher führt ihr neue Anhänger zu.

Die Annahme, daß ein gemeinsamer Aufruf der Spitzen an die sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen günstig wirken würde, trifft nach unserer Unterrichtung im gegenwärtigen Augenblick nur in begrenztem Maße zu. Den günstigen Wirkungen, die man sich von ihm verspricht, stehen ungünstige entgegen. Ein großer Teil unserer besten illegalen Kämpfer ist noch nicht geneigt, den Versicherungen der Kommunisten, sie seien zum Kampf für die Wiedererringung der Demokratie bereit, Glauben zu schenken. Sie würden jede Anweisung zur Aenderung ihres bisherigen Verhaltens auf das Entschiedenste ablehnen. Zugleich wäre den Machthabern eine erwünschte Gelegenheit gegeben, das bolschewistische Schreckgespenst wieder aufleben zu lassen, und die Dinge so darzustellen, als ob die Sozialdemo-

kratie zum Bolschewismus übergegangen wäre. Dadurch würden Elemente, die jetzt bereit sind, sich einer eindeutig demokratisch orientierten Sozialdemokratie anzuvertrauen, wieder nach rechts getrieben werden. Das Ergebnis wäre nicht eine Erschütterung, sondern eine Festigung des Systems.

Diese Bedenken vieler unserer Genossen in Deutschland gegen eine gemeinsame Aktion mit den Kommunisten wiegen für uns um so schwerer, als wir selbst die stärksten Zweifel an der Ernsthafteit der neuen positiven Einstellung der Kommunisten zu den demokratischen Rechten und Freiheiten hegen. Wir stellen fest, daß die deutschen Kommunisten auch noch nach der Machtergreifung Hitlers den Kampf gegen die Sozialdemokratie in Deutschland fortgesetzt haben. Noch bis vor kurzem haben die Kommunisten in ihren Veröffentlichungen das Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie vom 30. Januar 1934 gerade wegen seiner Forderung nach Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten angegriffen, die jetzt die Kommunisten als Basis für eine gemeinsame Aktion vorschlagen.

Die Wandlung in der Haltung der KPD fällt zeitlich zusammen mit der auf dem VII. Kongreß der Komintern beschlossenen Kursänderung in der Politik der kommunistischen Internationale, und wir können daher bis jetzt nicht übersehen, ob die neue Einstellung der KPD gegenüber dem deutschen Freiheitskampf gewonnen wurde auf Grund eigener neuer Erkenntnisse der Notwendigkeiten des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse, oder ob sie lediglich resultiert aus der Befolgung der Anweisung der Moskauer Internationale. Wir begrüßen das energische Eintreten der Sowjetregierung für die Sache des Friedens, und wir sind fest entschlossen, uns gegen jeden imperialistischen und faschistischen Angriff auf die Sowjetunion zu wenden. Dennoch ist es für uns, als eine Partei, die ihre Taktik und Zielsetzung aus eigener Verantwortung stets nach den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der deutschen Arbeiterschaft allein bestimmt hat, außerordentlich schwer, mit einer Partei Abmachungen zu treffen, die offensichtlich nicht Herr ihrer Entscheidung über Weg und Ziel ihres Kampfes ist.

Unsere Hemmungen werden noch verstärkt durch die Tatsache, daß die Reden und die Entschlüsse des VII. Kongresses der Komintern, und vor allen die Reden der Führer der deutschen Delegation für den kritischen Leser kaum einen Zweifel darüber lassen, daß die Komintern in ihrem Bekenntnis zur Demokratie lediglich ein taktisches Mittel, eine neue Methode des politischen Kampfes, aber keine grundsätzliche Aenderung der kommunistischen Auffassung über Weg und Ziel des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse sieht. Die Komintern hält vielmehr an dem Prinzip der Diktatur des Proletariats ausdrücklich fest, und sie bezeichnet erneut ihre Errichtung als das Ziel ihres politischen Kampfes. Die deutsche Sozialdemokratie aber war und ist die Partei des demokratischen Sozialismus. Für sie ist die Demokratie nicht ein taktisches Mittel, sondern ein Prinzip und ein Ziel ihres Kampfes.

Diese prinzipiellen Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten brauchen kein unüberwindliches Hindernis für ein Zusammengehen der beiden Parteien von Fall zu Fall zu sein. Unter einer Voraussetzung: daß die Zusammenarbeit von Fall zu Fall in vollster Loyalität erfolgt. Nach den Erfahrungen eines langjährigen leidvollen Bruderkampfes müssen wir von den Kommunisten verlangen, daß sie zunächst Beweise für diese Loyalität, für die Ernsthafteit ihrer jetzigen Überzeugung von der Bedeutung der Demokratie für die Arbeiterschaft durch die Tat erbringen. Bis zur Stunde liegen sie nicht vor.

Aus allen diesen Gründen halten wir eine gemeinsame Erklärung der beiden Partispitzen unter den gegenwärtigen Umständen für unangebracht, und wir müssen auch den weitergehenden Vorschlag der Kommunisten, jetzt eine Vereinbarung zwischen beiden Parteilührungen über ein gemeinsames Vorgehen in einer Reihe von aktuellen politischen Fragen abzuschließen ablehnen.

Die Sozialdemokratie kämpft für die Befreiung des ganzen deutschen Volkes von der nationalsozialistischen Diktatur. Sie will den freien Volksstaat und in ihm eine einige, für den Sozialismus kämpfende Arbeiterklasse. Die tatsächliche Entwicklung in Deutschland und der übrigen Welt wird entscheiden, in welchem Tempo die Einigung der ganzen Arbeiterklasse in gemeinsamer Gestattung zu gemeinsamem Handeln zu erreichen ist.

Deutsche Rohstofffreiheit - eine Hilfe für Bankrotteure

Die Vorgänge in der deutschen Zinkindustrie beweisen, daß die »Staatskonjunktur« nicht nur die Vorbereitung des künftigen Krieges bezweckt, sondern gleichzeitig ein Mittel ist, bankrotte Großfirmen mit Staatsmitteln am Leben zu erhalten und mit Steuergeldern Parasiten zu züchten. Staatsgelder werden verschleudert, um einer sonst überflüssigen Industrie ein unbestrittenes Inlandsmonopol zu verschaffen und eine Monopolrente zu sichern. Der Hauptnutznießer dieses Monopols ist aber nicht einmal die Zinkindustrie insgesamt, sondern ein einzelnes Großunternehmen, die Firma Georg von Giesecke's Erben A.G. in Breslau, die an der deutsch-polnischen Grenze das bedeutendste Vorkommen von Zinkerz besitzt.

Schon vor dem Dritten Reich war die gesamte deutsche Zinkerzeugung nur mit Staatsmitteln vor der Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Die deutschen Lager von Zinkerz und die das Erz zu Rohzink verarbeitenden Hütten waren nur in der Zeit der Hochkonjunktur gegenüber dem neuerschlossenen, weit reicheren Erzlagern in Uebersee und anderwo wettbewerbsfähig, nur solange mit dem Zinkverbrauch der Welt auch die Weltmarktpreise für Zink in die Höhe gingen. Seit Beginn der Weltkrise ist der Weltmarktpreis auf einen Bruchteil seiner einstigen Größe und damit weit unter die Selbstkosten der deutschen Zinkgruben und Zinkhütten gefallen. Seitdem ist die deutsche Zinkindustrie, sonst ein Haufen Schrott, nur mit Staatshilfe lebensfähig. Deshalb verlangte die Firma Giesecke, bereits 1930 Zollschutz. Er kam nicht zustande, weil man sich nicht darüber hatte einig sein können, ob er nur dem Zinkerz oder auch dem Zink selbst zugute kommen sollte. Die Einigung zwischen Grubenbesitzern und Hüttenbesitzern scheiterte hauptsächlich an den besonderen Interessen der Firma Giesecke, die ihr in Deutsch-Oberschlesien gewonnenes Zinkerz in ihren polnisch-oberschlesischen Hüttenwerken verarbeiten ließ, also den deutschen Zinkhütten mit ihrem aus deutschem Erz in Polen produzierten Zink in Deutschland selbst Konkurrenz bereite und deshalb zwar am Schutz Zoll für Zinkerz, aber nicht für Zink interessiert war.

Ein großer Teil der Zinkerzschächte und der Zinkhütten mußte stillgelegt werden. Die Stilllegung der Gesamtindustrie ist nur dadurch verhütet worden, daß das Reich sich 1932, also nicht lange vor Hitlers Machtantritt, entschloß, die mit hohen Schulden belastete, sonst also zum Bankrott verurteilte Industrie mit Subventionen am Leben zu erhalten. Allein auf die Firma Giesecke entfielen davon im Laufe von 2 1/2 Jahren rund 2 1/2 Millionen Mark.

Die Republik gab aber die Subventionen nicht als Geschenk, sondern als Kredit, der zurückgezahlt werden sollte, so bald die Zunahme der Produktion eine entsprechende Zunahme des Ertrages ergeben haben würde.

Die Firma Giesecke hatte also kein Interesse und deshalb auch keine Neigung, ihre Produktion nur deshalb zu steigern, um den Reich den Subventionskredit zurückzahlen zu können. Als das Dritte Reich angebrochen war und Herr Schacht der deutschen Industrie den Befehl gab, sich von der Schmach der Verwendung ausländischer Rohstoffe freizumachen, auch wenn sie weit billiger zu haben sind als die heimischen, war die strammnationale Firma Giesecke, deren Hauptanteile dem schlesischen Feudaladel gehören, nicht national genug, den nationalen Gemeinnutz vor ihren Eigennutz geben zu lassen, und die starke nationale Regierung zu zartfühlend, die Mehrerzeugung von Zink von ihr zu erzwingen. Was sie mit Gewalt nicht durchsetzen wollte, erreichte sie durch Belohnung.

Das Dritte Reich verzichtete nicht nur auf die Rückzahlung des Subventionskredits, sondern verwandelte ihn in ein Subventionsgeschenk.

Sie führte für die Zinkindustrie ein Prämiensystem ein, dergestalt, daß die Zinkverarbeiter nur den Weltmarktpreis zu bezahlen brauchten, aber die Zinkproduzenten die Differenz zwischen Verkaufspreis und den ihm weit übersteigenden Selbstkosten aus der Reichskasse ersetzt bekamen.

In diesen »Selbstkosten« sind aber nicht nur die reinen Betriebskosten, sondern auch die Verzinsung des Fremdkapitals und die Abschreibungen enthalten. Selbstverständlich ist das Dritte Reich nicht so kleinlich, der alterwürdigen Firma Giesecke bei der Be-

messung dessen, was sie Abschreibungen nennt, peinlich auf die Finger zu sehen. Die Folge dieser großzügigen Neuordnung der Staatshilfe für die Zinkindustrie war, daß ein wahres Wettrennen einsetzte, um sich der ausgesetzten Belohnung würdig zu erweisen. Nicht nur die Produktion von Zink, auch die Produktionsfähigkeit der Zinkschächte und Zinkhütten wurde in wenigen Monaten gewaltig gesteigert, nicht um ihrer selbst, sondern um der Jagd nach den Prämien willen. Bereits im Frühjahr 1933 hatte die Firma Giesecke den längst geplanten Bau eines Zinkelektrolysewerks in Magdeburg in Angriff genommen und mit Riesengeschwindigkeit ausgeführt. Sie konnte nun ihre polnischen Hüttenwerke stilllegen und ihre Zinkerze auf deutschem Boden verhütten. Diese »nationale Tat« ist ihr allerdings dadurch erleichtert worden, daß das Reich und Preußen es sich nicht nehmen ließen, die Kosten des Baues zu bezahlen. 1934 wurden 97.000 Tonnen Zink eingeführt, 73.000 Tonnen in Deutschland aus Erz gewonnen. In den ersten neun Monaten 1935 bereits war die Produktion auf 91.000 Tonnen, also auf eine Jahresproduktion von 120.000 Tonnen gestiegen. Das ist in wenigen Monaten eine Zunahme um rund 70 Prozent. Von der Mehrererzeugung entfallen etwa 70 Prozent auf die Firma Giesecke, die in diesem Jahre mit einer Erzeugung von 40.000 Tonnen ihre Produktionsfähigkeit in Magdeburg voll ausnutzt.

Inzwischen haben auch westdeutsche Erzgruben und Zinkhütten ihre Förderung und Leistungsfähigkeit im Eiltempo erhöht. Die Borbecker Hütte, die der belgischen Gesellschaft Vieille Montagne gehört, ist erst Ende vorigen Jahres, nachdem sie stillgelegt hatte, wieder in Betrieb gesetzt worden und hat in dieser Zeit ihre Produktionsfähigkeit von 16.000 auf 25.000 Tonnen, also um mehr als die Hälfte gesteigert. Die Unterharzer Berg- und Hüttenwerke erweitern ihre

Schachtanlage bei Goslar, um die Erzförderung zu verdoppeln. Durch einen vertraulichen Bericht über die Besichtigung, die Hitler in der staatlichen Bernstein-Manufaktur in Königsberg vorgenommen hat, ist bekannt geworden, daß die Preussag, die Dachgesellschaft der staatlich-preussischen Unternehmungen, nicht weniger als 30 Millionen Mark für den Bau einer neuen großen Zinkhütte in Oker bei Goslar aufwendet.

Was in diesen wenigen Monaten an Kapital zur Erweiterung dieser weltwirtschaftlich überflüssigen Industrie verschwendet worden ist, muß auf mindestens 100 Millionen Mark geschätzt werden.

Die Preussag hat den Ehrgeiz, es an Produktionsleistung mit der Firma Giesecke aufzunehmen. Jede der beiden Zinkhütten kann 40.000 Tonnen jährlich erzeugen, beide zusammen also mehr, als die bereits erhöhte Produktion des vorigen Jahres betragen hatte. Zur Deckung des gesamten Zinkverbrauches unter Verzicht auf Einfuhr fehlen jetzt nur noch 40.000 Tonnen. Diese können allein in Oker oder Magdeburg geliefert werden. Man wird also, selbst bei völliger Deckung des heimischen Bedarfs durch heimisches Zink nicht wissen, wohin mit dem Zinküberschuß.

Ist schon die Gesamtindustrie nur solange lebensfähig, wie ihr Staatshilfe zuteil wird und, wenn sie aufhört, altes Eisen, so sind die neuerrichteten Anlagen erst recht reine Vergeudung und damit Vernichtung von Kapital, das anders und wirklich produktiv verwendet werden könnte. So erweist sich das nationale Ziel der deutschen Rohstofffreiheit als Vorwand zur Stützung einiger bankrotter Kapitalmagnaten. Nichts ist so kennzeichnend für die nationale Regierung, als daß die schwindenden Finanzreserven der Nation nicht verwendet werden, um die Schlangen vor den Butterläden zu entfernen, sondern um den künftigen Krieg vorzubereiten und einigen großkapitalistischen Parasiten eine Staatsrente zu sichern. G. A. Frey.

Schacht sucht Dumme

Er redet für Auslandskapitalisten

In einer in der Akademie für deutsches Recht gehaltenen Rede bemühte sich Schacht, die unbedingte Notwendigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsform für das deutsche Wirtschaftsleben darzulegen. Nicht etwa für einen Kapitalismus mit deutschem oder nationalsozialistischem Zusatz erklärte sich Schacht, sondern für die kapitalistische Wirtschaftsform schlechthin. Zweifellos gibt es kein Bekenntnis, das Schacht so aus dem Herzen käme wie dieses, trotzdem ist es, wie alle seine Bekenntnisse, ein Bluff. Schacht ist ein Genie des Anreizertums, alle seine Reden haben nur den einen Zweck, Kunden unter falschen Vorpiegelungen in den unsoliden Laden der deutschen Kriegswirtschaft zu locken.

In diesem Falle handelt es sich darum, daß die bisherige Methode der Rüstungsfinanzierung zu versagen beginnt, weil die bisher für diesen Zweck beschlagnahmten Spargelder versiegen. Was bisher zur Sparkasse getragen worden ist, geht jetzt für Fett und Fleisch drauf. Im September vorigen Jahres hatten sich die Sparkasseneinlagen um 27 Millionen vermehrt, im September dieses Jahres um 21 Millionen vermindert. Da also die Bezahlung der Aufrüstung nicht mehr auf dem Wege der Staatsanleihen beschafft werden kann, wird die Industrie auf die Selbsthilfe der Finanzierung durch Ausgabe von Aktien verwiesen. Daher »könnte die Aktiengesellschaft heute wie in den Anfängen der kapitalistischen Wirtschaft wieder berufen sein, Deutschland beim Aufbau durch die Vereinigung kleiner Einzelsparnisse zu helfen.

Dabei ist Schacht so unvorsichtig zu verurteilen, welchem Zweck das so herbeigeschaffte Kapital dienen soll. Nichts, so meint er, verlange mehr nach kapitalistischem Unterbau als eine moderne Wehrmacht. Geschütze, Flugzeuge, Unterseeboote und alles was sonst zur modernen Verteidigung gehöre, seien Dinge, die ohne industrielle Höchstentwicklung im kapitalistischen Sinne undenkbar seien. Ein Volk, das nicht mehr imstande ist, diesen kapitalistischen technischen Apparat aufzubauen und wirtschaftlich zu tragen, habe seine geschichtliche Bedeutung verspielt. Soviel ist daran richtig, daß der Fortschritt in der modernen Bewaffnung von der technischen Höhe der Industrie abhängig ist. Die

deutsche Aufrüstungskonjunktur stellt aber eine riesenhafte Kapitalvernichtung und eine ebenso ungeheure Subvention für die Großunternehmungen dar, mit der diese für die Bereitstellung von Kapital zum Zwecke der Kapitalvernichtung belohnt werden. Die Unternehmer verlieren aber jedes Interesse, ihre Rentabilität durch technische Verbesserungen zu sichern, solange ihre Rente vom Staat durch Subventionen gesichert wird.

Die Rede Schachts soll den Eindruck erwecken, als soll der unsolide Kapitalismus des Dritten Reiches durch einen soliden ersetzt werden, als enthielte seine Rede eine Absege an den »radikalen« Flügel des Hitlerregimes und eine Polemik gegen den Entwurf des neuen Aktienrechts. Zwischen Betriebsführer und Aktionär müsse, sagt Herr Schacht, ein Vertrauensverhältnis bestehen, wenn das Unternehmen für die Dauer gedeihen soll. Dieses »Vertrauensverhältnis« ist aber gerade dabei dadurch beseitigt zu werden, daß die Aktionäre jeder Möglichkeit der Mitbestimmung an der Betriebsführung und der Kontrolle des Betriebsführers beraubt werden. Mit solchen Floskeln soll offenbar vor allem das Auslandskapital dazu verlockt werden, durch Ankauf deutscher Industrieanteile zur Finanzierung der deutschen Aufrüstung beizutragen. Alle Reden Schachts ändern aber nichts an der Tatsache, daß der Zauber des »Aufschwungs« in eine regelrechte Krise umzuschlagen droht, weil die Produktionsgüterindustrie auf Kosten der Verbrauchsindustrie hochgezichtet worden ist. Für die Dauer kann aber ein Industriezweig nur von den Erträgen des anderen leben, aber nicht auf seine Kosten. Es muß also entweder die Aufrüstung abgeblasen oder der Schwindel der Aufrüstungskonjunktur bis zur Ueberinflation fortgetrieben werden. Solange nicht der Konsum auf Kosten der Aufrüstung, sondern, umgekehrt, die Kriegsvorbereitung auf Kosten des Massenverbrauchs gefördert wird, kann auch dann aus dem unsoliden Kapitalismus des Dritten Reiches kein solider werden, wenn der organisierten Kapitalverschwendung die Geldreserven der Nation anstatt durch Auflegung von Staatsanleihen durch Ausgabe von Aktien zugeführt werden. G. A. Frey.

Korruption an allen Ecken und Enden!

Gauleitung Kurmark eine einzige Defraudantenclique.

Die deutsche Presse schweigt sich in allen Tonarten über die Unterschlagungsangelegenheit des Gaupropagandaleiters Schulze-Wechsungen aus; immerhin ist diese Affäre bereits in die ausländische Presse gedrungen. Dieser Bursche hat mehrere hunderttausend Mark unterschlagen, er ist verhaftet und vom Dienst suspendiert worden. Sein Kollege vom Gau Kurmark, die rechte Hand des Gauleiters Kube, ist ihm auf dem ruhmvollen Wege der im Nazi-System üblichen Bereicherung schon lange vorangegangen. Seit dem Nürnberger Parteitag sitzt dieser Brave bereits wegen Unterschlagung in Untersuchungshaft, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfährt. Mit ihm ist eine ganze Schar kleiner Defraudanten ins Gefängnis gewandert; seine Mitarbeiter haben das große Beispiel ihres Vorgesetzten getreulich nachgemacht. Die Unterschlagungen gehen in die Hunderttausende.

Der Gauleiter Kube ist durch diesen peinlichen Vorfall in seinem Büro peinlich berührt; er hat, als die Sache aufgedeckt wurde, beinahe einen Nervenzusammenbruch erlitten. Weil man Kube nicht mehr so wie früher propagandistisch herauszustellen wagt, hat Kube, einer der Hauptjudenfresser neben Streicher, bei der Vorbereitung und Ausarbeitung der Nürnberger Judengesetze nicht die Rolle gespielt, die ihm traditionell zukam.

Hitler hat in seinem Buch »Mein Kampf« lange Abhandlungen über die entscheidende Wichtigkeit des Propagandaleiters in der Parteioorganisation veröffentlicht; nach seiner Meinung ist der Propagandaleiter die wichtigste repräsentative Persönlichkeit in der Partei überhaupt. Er selber hat sich als den »großen Trommler« bezeichnet und aus anderem als aus Propaganda besteht die Tätigkeit der Parteioorganisation ja überhaupt kaum.

Kraft seiner Stellung als Reichspropagandaleiter ist es ja auch Göbbels gelungen, sich zur entscheidenden Rolle in allen innerparteilichen Auseinandersetzungen hinaufzudrängern. Gerade in dem ihm unterstellten Propagandistenapparat, und noch dazu an den beiden zentralen Stellen des Reiches, die Brandenburg und Berlin bearbeiten, ist die Korruption derart angewachsen, daß selbst das Regime sich genötigt sieht, hier gerichtlich gegen seine eigenen Funktionäre vorzugehen.

150 Unterschlagungsfälle im Monat!

In der »Deutschen Arbeitsfront«, die die Gelder der arbeitenden Massen im Interesse ihrer ideologischen Bearbeitung im Sinne des Regimes verwaltet, sind die Zustände nicht besser. Die Revisionsabteilung der Deutschen Arbeitsfront in Berlin NW, Friedrichstraße 100, hat im laufenden Jahre zweimal ihre Büroräume und ihren Angestelltenstab vergrößern müssen; sie kann sich vor Arbeit nicht mehr retten. Während sie sich noch im ersten Jahre des Regimes vornehmlich mit reiner Buchprüfung befaßte,

sind jetzt die meisten ihrer Angestellten mit der Sammlung des Materials für die zahllosen Strafanträge wegen Unterschlagung beschäftigt. Im Herbst dieses Jahres sollen nach Aussage des Leiters dieser Abteilung monatlich 150 Unterschlagungsfälle

zur Kenntnis der Revisionsabteilung gekommen sein. Und fast immer handelt es sich, wie der Leiter der Abteilung sagt, um alte Nationalsozialisten, die die Schuldigen bei diesen Affären sind. Die alten Gewerkschaftsfunktionäre, die man in Funktionen der Arbeitsfront gepreßt hat, seien angeblich »viel zu schlau, um wegen solcher Angelegenheiten ihre Existenz zu riskieren.

Paläste für die Bonzen

Hitler, Göring, Ley, Streicher und andere der heutigen »Führer« Deutschlands haben in diesem Jahre eine Anzahl Großbauten in Angriff genommen oder auch fertiggestellt. In einigen Städten sind Prunkbauten für persönliche und Parteizwecke aufgeführt worden. Dafür wurde das Geld zur Verfügung gestellt, während nach einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung bereits am Jahresanfang 1935 die bereitgestellten Förderungsmittel für Wohnungsneu- und Umbauten größtenteils erschöpft waren. Die Folge davon ist, daß in den ersten Monaten 1935 selbst nach diesem offiziellen Bericht rund 21 Prozent weniger Neu- und Umbauwohnungen hergestellt worden sind als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Statt Beseitigung des Wohnungselendes - Prunkbauten für die Bonzen: das ist Nationalsozialismus!

Adolf der Erste

Zum hundertsten Geburtstag Stoeckers

Man kann Adolf Stoecker in gewissem Sinne einen Vorläufer Adolf Hitlers nennen. Pg. Kube.

Wir erkennen in ihm immer deutlicher einen Wegbereiter des neuen Deutschland Adolf Hitlers.

Dr. Löber.

Am 11. Dezember feiert das »Dritte Reich« Adolf Stoecker, der an diesem Tag vor hundert Jahren zur Welt kam, als einen begnadeten Vorläufer. Allerdings werden die Festredner nicht auf ganze Lautstärke gestellt, denn die Gewalthaber Braun-Deutschlands schwanken ewig zwischen der Sucht des Emporkömmlings, sich eine Ahnengalerie zu verschaffen, und dem Drang des Dilettanten, als Originalgenie zu erscheinen. Wenn man Adolf I. zu sehr herausstreicht, verblaßt Adolf II. einigermaßen. Aber Unehre, wem Unehre gebührt! Der Hofprediger Wilhelms I. ist wirklich ein sozusagen geistiger Vorfahr der Barbaren, die heute in Deutschland mit Erfolg eine alte Kultur kurz und klein schlagen.

Außere Ähnlichkeiten fallen nicht zu sehr ins Gewicht, etwa daß auch jener in den bayrischen Alpen einen Landsitz erwarb und zum Haus Wagner in Bayreuth enge Beziehungen unterhielt. Mehr Bedeutung hat die Herkunft auch Stoeckers aus kleinen Verhältnissen; sein Vater war Schmied, dann Wachtmeister, dann Gefängnisinspektor, seine Mutter eine Schneiderstochter. Drei Jahre wirkte der junge Kandidat der Gottesgelahrtheit als Hauslehrer auf einem baltischen Rittergut, und hier, wo der patriarchalische Despotismus in voller mittelalterlicher Blüte stand, schien ihm die Welt im Lot. »Niemand«, erzählte er, »außer einem kurischen Edelmann konnte Land besitzen; jeder Edelmann, auch wer keine Furche Acker sein eigen nannte, durfte mit der Meute durch das ganze Land jagen. Der Adel übte ein großes Maß von Selbstverwaltung und besetzte die Landesposten, selbst die Richterstellen der ersten Instanzen, mit ungeprüften Mitgliedern seines Standes. Aber man würde irren, wenn man glaubte, daß der Bauernstand dies als ein Unrecht oder als Bedrückung empfunden hätte.« Und das dünkte Stoecker das Ideal eines Gesellschaftszustandes. Nie ward er auch den geheimen Respekt vor den hochgeborenen Herren los; für ihn hing das politische Verständnis eines Menschen wesentlich davon ab, »ob er den Adel in seinem Standesbewußtsein und in seiner Lebensweise verstehen und würdigen kann«. Nicht minder erinnern Charakterzüge an den Nachfolger. In jedem Kreis drängte er sich, immer selber schwitzend und niemandem das Wort lassend, in den Mittelpunkt. Desgleichen schillerte dieser Gottesmann im Zwielficht der Zweideutigkeit; da sein Ja kein Ja, sein Nein kein Nein war, geriet er oft in peinliche Lagen, und nicht von ungefähr hieß er bei den Gegnern »der Meineidspaffe«. Endlich unterlag auch er, der so gern die standhafte Eiche im Sturm spielte, jedem Zuflüstern seiner Umgebung; ohne zu ahnen, wie er seinen Helden bloßstellt, schildert sein bewundernder Biograph Dietrich von Oertzen diese Eigenschaft in einem besonderen Fall:

Stoecker hatte die Petition zuerst, d. h. vor der Publikation, unterschrieben, dann auf Bitten einiger Freunde die Unterschrift zurückgezogen... dann hatte er wiederum auf Bitten anderer zwar nicht die Petition, aber ein Anschreiben an die Superintendenten mit unterschrieben. Dieser Sachverhalt war ihm aber offenbar im entscheidenden Augenblick selbst nicht ganz klar, namentlich wußte er nicht, ob schon Anschreiben mit seiner Unterschrift ausgegangen. So kam er, durch aufgeregte Zwischenrufe des jüdischen Abgeordneten Loewe verwirrt gemacht, ins Stottern.

Vor allem aber offenbart sich die Übereinstimmung zwischen 1 und 2 im sozusagen Politischen. Da er auszog, den Drachen des Umsturzes zu erlegen und der Sozialdemokratie die Anhänger abzutreiben — Auftakt jene »Eiskeller«-Versamm-

lung in Berlin und das Rededuell mit Most im Jahre 1878 —, erfand Stoecker den nationalen Sozialismus, der im Grunde so wenig national wie Sozialismus war, sondern ein Mischmasch, aus allen Küchen zusammengestohlen, um die Arbeiter ins Lager der Reaktion zu locken. Denn ob er sein arbeiterfreundliches Herz auf der Zunge trug, im Innersten blieb Stoecker der finstersten Rückwärtserei verschworen; wie entrüstete er sich sichtlich, als in evangelisch-sozialen Kreisen das Schlagwort: Aufteilung des Groß-

besser: Makulatur, auf jeden Fall Papier, so zerrte ihn Stoecker mit leidenschaftlichem Eifer auf die Gasse und in die Gasse. Erst durch das lebendige Wort dieses geborenen Volksredners wurde die Judenfeindschaft in die Massen getragen. Mit Wollust peitschte er in seinen Reden die niedrigsten Triebe seiner Hörer auf. »Die Juden«, hetzte er, »sind und bleiben ein Volk im Volke, ein Staat im Staate, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse; er zeterte: »Das jüdische Geld spielt im Kapitalismus, die jüdische Um-

Forderung erhob, daß der jüdische Einfluß in Staat und Wirtschaft gänzlich ausgeschaltet werde: Keine jüdischen Lehrer! Möglichst keine jüdischen Richter! verdient dann Adolf I. nicht sein Standbild im Deutschland Adolfs II.?

Aber sehr beträchtliche Unterschiede zwischen dem Vorläufer und den Nachfolgern stecken nicht nur im Persönlichen. Stoecker war kein Entgleister mit einer dürftigen und lückenhaften Achtelsbildung. Das Universitätsstudium hatte ihm nicht allein den äußeren akademischen Firnis verliehen, sondern wirkliche Bildungselemente vermittelt: der sich noch als Pfarrer »mit Begeisterung und Wonne« in Homer und Sophokles, Thucydides und Demosthenes, Horaz und Tacitus versenkte, hatte schon ein anderes geistiges Format als der Verehrer der Karl Mayschen Indianerschwarten. Auch sticht er mit seinem unlegbaren Sinn für Humor, Witz, Ironie und Sarkasmus von dem langweilig ledernen Ernst der Heutigen ab, und wirkt überhaupt, mochte er politisch wie menschlich eine noch so unerfreuliche Erscheinung sein, neben der fünften »Führer«-Garnitur von 1935 wie ein Rassehund neben Straßenköttern, Marke »Promenadenmischung«.

Sachlich gibt es gleichfalls zwischen jenem und diesen einen erheblichen Abstand. Schon als gläubiger Christ war Stoecker nicht der grobzüllige Materialist wie die Nazis, die einen Menschen nicht anders ansehen wie ein Yorkshire-Schwein; auf die Rasse und nur auf die Rasse kommt es ihnen an. Nicht mehr als eine Redensart mochte es sein, wenn Stoecker erklärte, daß er »nicht die Juden angreife, sondern nur dies frivole, gottlose, wucherische, betrügerische Judentum«, aber er wandte sich auch beschwörend an die Studenten: »Denkt nicht, daß es genug ist, Juden zu hassen und sich antisemitisch zu nennen. Deutschtum und Christentum sind innig miteinander verbunden. Ich gebe auf eine bloße antijüdische Bewegung gar nichts, wenn sie nicht durchdrungen ist von einer herzlichen Liebe zum Evangelium«. Wieder und wieder betonte er: »Die Judenfrage ist für mich keine religiöse Frage, keine Rassenfrage; er verwahrte sich dagegen, daß getaufte Juden noch bis ins dritte und vierte Glied als Juden verfolgt würden, und unterstrich: »Der christliche Geist dringt durch die Rasse, und wenn die Israeliten getauft sind, so sind sie unsere Brüder«.

Aber vielleicht war für die Edelblüte am Baum des »Dritten Reichs«, den Rassen-Antisemitismus, die Zeit Stoeckers noch nicht reif? Fehlgeschossen! Was etwa Moritz Busch in seiner Broschüre »Israel und die Gojim« verkündete, daß die Juden nie eingedeutscht werden könnten und am besten in ihr »gelobtes Land« zurückzuschicken seien, trugen andere, deren Namen rechtens vergessen sind, in die Volksversammlungen. Ihnen war die Judenfrage eine Rassenfrage, und die Taufe änderte nichts an der körperlichen und geistigen Minderwertigkeit der Juden; erst mit der vollkommenen Entrechtung und Versklavung der Juden erschöpfte sich darum das Programm dieser lautesten Schreier. Aber da in Oertzens Stoecker-Biographie das Urbild dieser »Rassen- und Radau-Antisemiten«, der Dr. Böckel dasteht als »ein ganz unreifer, seichter Schwadronneur, der nur mit der oberflächlichsten Phrase arbeitete, aber diese Waffe mit gefährlicher Geschicklichkeit in der Volksversammlung handhabte«, sind dieser »traurige Hohlredner mit seiner nichtigen phrasenhaften Beredsamkeit« und seinesgleichen die eigentlichen Vorläufer der braunen Garde. Vor dem Jahr 1935 ist Stoecker ihnen gegenüber ins Unrecht gerückt, denn er fuhr ihnen scharf in die Parade. Als auf dem ersten »Internationalen Antisemitenkongress« in Dresden ein Dr. Henrici einer allgemeinen Judenaustreibung das Wort redete, erteilte ihm Stoecker die Abfuhr, daß, wenn in Deutschland abgestimmt würde, ob Semiten oder Antisemiten auszutreiben seien, die Abstimmung sicher zuungunsten der Antisemiten ausfallen

»Des Führers Schreiten ist Gebet«



grundbesitzes! anklang. »Ich sehe nicht ein«, beteuerte er, »wie ohne das Element des Großgrundbesitzes die Landwirtschaft eines großen Teils von Deutschland und ohne das Element der Großgrundbesitzer die politische und nationale Wohlfahrt des deutschen Volkes bestehen soll, und stets sucht, er Anschluß an die reaktionären Mächte; was für den andern in seinen Anfängen die bayrische Reichswehr, das war für Stoecker eine Generalstabsclique unter dem Grafen Waldersee.«

Als ihm die Arbeiter verächtlich den Rücken drehten, wandte sich auch dieser gerissene Demagoge an das Kleinbürgertum, an den zwischen Großkapital und Proletariat zermahlenen Mittelstand, und gefiel sich, ihn zu ködern, in zügellosester Judenhetze. Wie Adolf II. seine ganze antisemitische Weisheit einigen österreichischen Hetzschriften aus der Schule Luegers verdankt, so plünderte Stoecker ohne eigenes Nachdenken Wilhelm Marrs »Der Sieg des Judentums über das Germanentum« und die Artikel Otto Glagaus in der »Gartenlaube«. Aber blieb der Antisemitismus dieser Pamphlete Literatur,

sturzneigung in der Sozialdemokratie, die jüdische Presse in der allgemeinen Korruption eine der Hauptrollen; er wiederholte, »daß das Judentum auf die zwei Lebensadern des Volkskörpers, ich möchte sagen auf die Venen und Arterien, die Hände gelegt hat, auf die Geldader und die Presseader; er behauptete frischweg, »daß das Judentum unter den christlichen Völkern eine parasitische Existenz führt, die nicht auf der eigenen Arbeit beruht, sondern darauf gerichtet ist, die Völker materiell und geistig auszubeuten«, und er donnerte teutonisch: »Wir müßten in der Tat eine Nation ohne Ehrgefühl sein, wenn wir diese Ketten eines fremden Geistes nicht brächen, sondern wirklich verjudeten«. Wie gleicht daneben all das, was die Lautsprecher des Nationalsozialismus ins Land röhren, den aufgetauten Tönen in Münchhausens Posthorn! Sie brauchten wirklich nur, die braunen Recken, ein paar Dutzend Schlagworte aus Stoeckers Reden zusammenzuklauben und deckten spielend die geistigen Unkosten ihrer »Erweckung« Deutschlands. Und wenn dieser seltsame Prediger der christlichen Nächstenliebe die

werde. Dafür verfolgten diese »echten« Antisemiten ihn als »falschen Antisemiten« mit geiferndem Haß und sorgten dafür, daß er bei der Reichstagswahl von 1893 in seinem alten Wahlkreis Siegen durchfiel. Ja, war nicht im Schein der Erleuchtung, die vom »Dritten Reich« austrahlte, Stoecker ein »Judenknecht«? Selbstverständlich war er es! War es schon faul, daß er öfter von anständigen, von ehrenwerten Juden sprach und bekannte, unter ihnen Freunde zu haben, so schmähte ihn der wackere Böckel geradezu als Werkzeug der »abgewirtschafteten Judenclique, die sich konservative Partei nennt! So hat Stoecker seinen Lohn dahin, denn was hier aufging, war die Ernte seiner Saat.

Besseres zu ernten war ihm nicht beschieden. Auf die Dauer vermochte er sich den reaktionären Mächten nicht an die Rockschnüre zu hängen, da er bei so manchem Ordnungshüter wegen seiner arbeiterfreundlichen Versammlungs-Schlagworte im Geruch »kommunistischer Bestrebungen« stand; Bismarck, der ihn erst auszunutzen gedachte, ließ ihn bald fallen, und da Stoecker durch den »Scheiterhaufenbrief« dem Kanzler vergeblich bei Wilhelm II. ein Bein zu stellen suchte, kehrte ihm auch der Kaiser, der ihm als Prinz aufmunternd zugelächelt hatte, die kalte Schulter. Erst recht weigerten ihm die Massen die Gefolgschaft. Kläglich mißglückte sein Versuch, im Berliner Proletariat festen Fuß zu fassen, und wenn er persönlich auch im Wahlkreis Bielefeld fast jedesmal in den Reichstag gelangte, kam doch die von ihm begründete Christlichsoziale Partei nie und nirgends auf einen grünen Zweig. Statt als mächtiger Strom durchs Land zu rauschen, verzettelte sich die antisemitische Bewegung in ein halbes Dutzend trübe dahinschleichender, stinkender Rinnsale. Denn in seiner Gesamtheit war das deutsche Volk gesund genug, den Giftstoff, den ihm die Judenhetzer einpflanzten, auszuscheiden oder zu verarbeiten. Es bedurfte erst der geistigen und sittlichen Unterernährung durch vier Jahre Weltkrieg und der Erschütterung aller Verhältnisse durch die Wirtschaftskrise, bis Hitler dort ernten konnte, wo Stoecker gesät hatte.

Trotz allem war Adolf I. das bessere Los gefallen, denn mit dem Erfolg blieb ihm auch der furchtbare Sturz in den Abgrund erspart, dem sein Nachfolger nicht entgehen wird.

Pierre Ponce.

Mischlinge

Die Ausführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen reden von »Mischlingen«.

Die Erläuterungen definieren den Begriff wie folgt:

»Als jüdische Mischlinge sind grundsätzlich deutsche Staatsangehörige anzusehen, die einen oder zwei volljüdische Großeltern haben.«

Mischling ist ein Schimpfwort. Es soll es sein. Beweis: Jedes deutsche Gericht würde

Märtyrer ist von Dichtern durch die Jahrhunderte und Jahrtausende oft und schön und mutig besungen worden. Dichter selbst sind als Märtyrer der Freiheit gestorben oder haben durch die Macht ihrer Stimme unerschuldig Verdammte aus den Händen der Peiniger gerissen. Daß aber ein Dichter, ein Gestalter menschlicher Not, ein Sprecher der leidenden Kreatur, hingeht, und ein wehrloses, kettenbeladenes, durch alle Hölle gejagtes, zum Schweigen verurteiltes Opfer blutiger Tyrannei vor den Augen der Welt verhöhnt, ist neu. Dem Dichter Knut Hamsun ist es gelungen, dies Neue zur Tat zu machen und damit zwar keine Kerkerketten, aber wenigstens einen Rekord zu brechen.

Jener in Freiheit und keineswegs schlecht lebende Knut Hamsun sang dem Friedenskämpfer Carl von Ossietzky, der in einem Konzentrationslager des Dritten Reiches bestialisch zerschanden gequält wird, ein Spottlied. Er machte sich darüber lustig, daß aber Tausende, die zumeist nicht einmal Dichter, nur Menschen sind, die Verleihung des Friedenspreises an Ossietzky verlangt haben. Er verspottete diesen Versuch, den Gefange-

den zu harter Strafe verurteilen, der es etwa wagen wollte, Adolf Hitler einen Mischling zu nennen.

Mischling ist ein Schimpfwort. Mischlinge sind im Sinne des Nationalsozialismus keine vollwertigen Menschen, sie gelten als minderen Blutes und werden deshalb gezwungen am Rande des Ghettos zu leben. Sie stehen unter Sondergesetz. Sie sind von den meisten Ämtern und von allen Ehrenstellen ausgeschlossen. Sie sind in der Wahl ihrer Ehegatten vielerlei Beschränkungen unterworfen. Haben sie nur einen volljüdischen Großelternanteil, so sollen sie keinen Mischling »mit gleicher Erbmasse« heiraten. Haben sie zwei volljüdische Großelternanteile, so bedürfen sie »zur Eheschließung mit Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes oder mit staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternanteil haben, der Genehmigung des Reichministers des Innern und des Stellvertreters des Führers oder der von ihm bestimmten Stelle.« Sie müssen sich bei dieser Gelegenheit eine — sonst nur bei Rückfallverbrechen übliche — Prüfung ihrer »körperlichen, seelischen und charakterlichen Eigenschaften« gefallen lassen. Diese Prüfung ist eine Beleidigung und eine Herabsetzung. Sie bleibt es, auch wenn den Prüfungen in Ausnahmefällen und gnadenhalber Ehedispensa erteilt wird.

Mischling ist ein Schimpfwort. Wie viele Deutsche trifft die Beschimpfung? Auf einer unlängst abgehaltenen Schulungstagung der pfälzisch-saarländischen »Rechtswahrer« erklärte der Leiter des »Rassenpolitischen Amtes der NSDAP«, Dr. med. Ramm, Pirmasens, man

Knut Hamsuns Rekord

nen aus dem Konzentrationslager »herauszusprengen« und schrieb u. a.:

Herr Ossietzky konnte Deutschland sowohl vor wie nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus verlassen. Aber das wollte er nicht. Er rechnete damit, daß die Menschen aufschreien würden, wenn er verhaftet würde. Und hierin hat er sich nicht verrechnet. Es gab Menschen in allen Ländern, die seine Sache zu der ihren machten und aufschrien. Sie haben fleißig geschrien. Dieser eigentümliche Friedensfreund dient nur seiner Friedensidee dadurch, daß er den Machthabern in seinem Vaterlande permanent »unbekannt« ist. Und jähren, jähren gibt es Eingaben, daß er in einem Konzentrationslager »eingesperrt gehalten und zu Tode gequält« würde. Und jähren, jähren soll er den Nobelpreis bekommen. Wie wäre es, wenn Herr Ossietzky in dieser schweren Übergangszeit, in der die ganze Welt die Zähne gegen die Machthaber des großen Volkes bleckt, dem er zugehört, lieber ein wenig positiv mit-helfen würde?

Ossietzky wird von geistfernen, verdorbenen, böseartigen Tieren mißhandelt, gepeitscht, getreten. »Geschicht Ihnen recht, Herr!« höhnt der Dichter Hamsun, den die Hitlerpresse gelegentlich »feinsinnige« und »echt nordische« nannte. Ossietzky hat keine Sprache

mehr. Wenn er die blutenden Lippen öffnen wollte, würden sie von rohen Fäusten rasch geschlossen werden. »Sie sind unbequem, Herr!« hänselt der Dichter Hamsun. Ossietzky — ob er am heutigen Tage noch lebt, weiß keiner genau — wollte nicht, daß Menschen von Menschen getötet würden. Dafür wird er heut getötet, monatelang, jahrelang, unter teuflischen Martern. »Wie wäre es, Herr, wenn Sie lieber positiv mit-helfen würden?« kichert der Dichter Hamsun.

Neben Ossietzky steht das Heer derer, die von Hitlers Schergen unschuldig eingekerkert, mißhandelt, zu Krüppeln geschlagen, ermordet worden sind. Fechenbach und Mühsam stehen neben ihm und mit ihnen alle »auf der Flucht« Erschossenen, heimlich Erhängten, nächtlich Verscharften. Jeder Schlag, den der Dichter Hamsun höhrend gegen Ossietzky führt, trifft sie mit. Aber tausend Menschen leiden im Dritten Reich hart und furchtbar, leiden um ihrer Ueberzeugung willen. Wir bezweifeln dennoch, daß einer von ihnen den wohlhabenden, wohllebenden, anerkannten Dichter Knut Hamsun um seine Rolle beneidet — um die Rolle des freiwilligen Knechtes.

müsse die rassische Vermischung des deutschen Volkes als etwas Naturgegebenes hinnehmen. Der Anteil nordischen Blutes sei nur bei etwa 65 Prozent der Deutschen vorherrschend.

Das bedeutet, daß jeder dritte Deutsche »nichtnordische«, daß jeder dritte Deutsche »minderen Blutes« ist, denn nur die nordische Rasse gilt dem Nationalsozialismus als wirklich hochwertig. Aber auch die übrigen 65 Prozent sind »Mischlinge«, denn auch bei ihnen ist das nordische Blut nur »vorherrschend«, nicht aber rein.

Wissen die Rassenforscher wenigstens, woraus das deutsche Volk gemischt ist? Nein — sie wissen es nicht. Sie verzichten auf ernsthafte Nachprüfung. Sie ziehen es vor, bei den Großeltern haltzumachen, anstatt wenigstens ungefähr zu schätzen, wieviel fremdes, nicht »artverwandtes« Blut durch die Jahrhunderte und Jahrtausende bei kriegerischen Einbrüchen, Stammeswanderungen, Gefangenentzügen und friedlichen Invasionen nach Deutschland geströmt ist. Noch heute wird das angeblich ebenso untüchtige wie verderbliche jüdische Blut tropfenweise in Kauf genommen, denn »Mischlingen mit ein Viertel jüdischer Erbmasse steht es frei, eine Ehe mit staatsangehörigen Deutschen oder artverwandten Blutes zu schließen.«

Mischling ist ein Schimpfwort. Und dieses Schimpfwort trifft das ganze deutsche Volk, das nach den Feststellungen des nationalsozialistischen Rasseleiters Ramm ein Mischvolk ist. Wenn die Blutgesetzgeber es wagen, die Konsequenz ihrer eigenen These zu ziehen, so müßten sie zugeben: jede Verdünnung des nordischen Blutes ist »Entartung«. Ein Badenser darf keine »ostische« versuch-

te) Königsbergerin, ein Friese keine Berlinerin, eine Mecklenburgerin keinen Kölner, ein Oberösterreicher aus Braunschweig keine Bayerin lieben. Am besten wäre es, die wenigen halbwegs »reinen Nordens« — sofern sie feststellbar sind — heirateten wie weiland die Pharaonen ihre eigenen Schwestern. Rosenberg wird dies noch erfinden!

Ihre Religion

Die Reichspropagandaleitung der NSDAP vertritt ein internes Rundschreiben über »nationalsozialistische Feiernestaltung«. Zur stehenden Form der Nazi-Weihestunde gehört die »Verkündigung«. Für den 9. November wurde folgende »Verkündigung« vorgeschrieben:

»Des Führers Schreiten ist heute Gebet... Er steigt und steht, von Wunder ganz umhüllt. Er brennt vom Glauben seiner Kameraden. Und keine priesterliche Weihe steigt gewaltiger empor als dieses stumme, und stets gewordene Gebet des Mannes, in dessen Herzen sich ein Volk bewegt.« Es ist die Religion des Kommissars, die sie verkünden.

Der Fluch

Aus dem Briefkasten einer süddeutschen Nazizeitung:

»Karl Marx sollte man im neuen Deutschland als Fluch gebrauchen. So wie man sagt: »Hol dich der Teufel!« sollte man jetzt mit einer Gebärde des Abscheus sagen: »Hol dich Karl Marx!«

Wenn der Karl Marx aber eines Tages nun zuviel holt?!

Das Ende eines Hitler-Pioniers

Das Schicksal ist manchmal fast ebenso wunderbar wie ein Kitzfilm. In einem Wiener Obdachloosenasyl wurde der Filmjournalist Alfred Rosenthal festgenommen, weil er in einem Hotel seine Zeche mit einem ungedeckten Scheck bezahlt hatte.

Rosenthal, ein »Nichtarier«, der unter dem Pseudonym »Aros« zu schreiben pflegt, hat einst eine überragende Rolle im reaktionären Filmleben Berlins gespielt. Er war die rechte Hand des Millionärs Hugenberg und der Filmchef des Scherl-Truista, der dem deutschen nationalen Geheimrat gehörte. In dieser Eigenschaft war der Nichtarier Rosenthal einer der gehässigsten und skrupellosten Preisfechter gegen alles Fortschrittliche und Sozialistische im Filmwesen, er war der eifrigste Propagandist jener provokativen reaktionären Filmsudelen der »Ufa«, die geistig den Weg für den Einbruch des nationalsozialistischen Barbarentums in Deutschland vorbereitet haben. Es störte »Aros« auch nicht, ausgesprochen antisemitische Machwerke beigesteuert zu besprechen, er handelte dabei, so erklärte Aros zynisch, im Interesse der Firma, die er zu vertreten habe. Als der nach dem Remarquischen Kriegsbuch gedrehte amerikanische pazifistische Film »Im Westen nichts Neues« die Gemüter erregte, war neben dem Göbbelsschen »Angriff« die Hugenbergsche »Nacht Ausgabe« die Haupt-Einpeitscherin des braunen Straßenaufmarschs und der Initiator dieser Krawalle des Nazi-Pöbels war Herr »Aros«, der Hand in Hand mit den Juden-

fressern mit weißen Mäusen und Stinkbomben das Film-Theater am Nollendorffplatz unter Terror setzte.

Aros galt als Hugenbergs erklärter Liebling und als bereits alle Juden aus den Scherlbetrieben hinausgejagt worden, als die Hugenbergredakteure schon in SA-Uniform und »Heil Hitler« brillend, durch die Redaktionsräume zogen, hielt man den »Schutzjuden« Rosenthal in einem Kämmerchen versteckt, noch auf seinem Posten. Wo er erschien, machten die fairen Kollegen ihre blutigen Witze über die »semitische Wanze«; Aros, den Mann mit der Elefantenhaut, tangiert das nicht.

Als es dann so weit war, daß ihn auch Hugenberg nicht mehr halten konnte, setzte man ihn eines Tages — Dank vom Hause Hugenberg — ohne jede Entschädigung auf die Straße.

Mit der Arretierung im Elendleben eines Wiener Obdachloosenasyls, erfolgt wegen eines kriminellen Deliktes, hat die das ungewöhnlich würdelose Leben eines Menschen einen vorläufigen tragischen Abschluß gefunden, dem nichts so verhasst war, wie das Wort »Charakter«, und der für seinen Selbstverrat einst Gehälter bezogen hat, die an ein Ministergehalt zum mindesten heranreichten.

Segers Reisetagebuch

Nach seiner Flucht aus dem Konzentrationslager hat Genosse Gerhart Seger mehrere Staaten Europas und Amerikas bereist, um der Weltöffentlichkeit in Vorträgen die Wahrheit über Hitlerdeutschland zu künden und hat damit dem Kampfe gegen die

braune Despotie große Dienste erwiesen. Was er dabei sah und erlebte, schildert er in seinem »Reisetagebuch eines deutschen Emigranten«, soeben erschienen im Europa-Verlag, Zürich. Sein Weg führt von der Tschechoslowakei über die skandinavischen Länder nach England. Die starke Luft freier Länder umweht ihn, überall sind die Versammlungen überfüllt, die Menschen wollen hören, wie es kam, daß die Mehrheit des deutschen Volkes seine Freiheit so leichtsinnig preis gab. Stark ist überall das Mitgefühl mit den Opfern des Faschismus. In Schweden sind es zwei Brüder des Königs, die einen Aufruf zur Unterstützung deutscher Emigranten als erste unterzeichnen und mit entsprechenden Beiträgen vorangehen.

Neben der Fairneß im politischen Leben fällt dem antifaschistischen Propagandisten in England auf, wie wenig der Durchschnitts-Engländer von Deutschland weiß. Aber da der Brite von Haus aus Demokrat ist, lehnt er den Ungeist des Dritten Reiches rundweg ab. Selbst Mosleys Anhänger, die einen antidemokratischen Kurs steuern und von der politischen Anständigkeit ihres Landes am wenigsten repräsentieren, wollen mit den Nazis nicht verglichen werden. In einer Versammlung in Plymouth zieht Seger eine Parallele zwischen den englischen Blauhemden und Hitlers Braunhemden. Darauf erheben sich die anwesenden Mosleyleute entrüstet und protestieren dagegen, mit den Nazis in einem Atem genannt zu werden, denn die Blauhemden seien englische Gentleman! Die öffentliche Stimmung ist namentlich auch in den Frauen-Vereinigungen gegen das Dritte Reich. Englischen Frauen verdankt Seger

die Befreiung seiner Frau und seines Kindes aus viermonatiger Geiselschaft.

Sein Weg führt schließlich nach USA, wo er in vielen Versammlungen der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftsbundes spricht. Nazis treten nur selten auf. Wo sie sich aber an der Debatte oder dem üblichen Fragespiel beteiligen, blitzen sie unter der Heiterkeit der Versammelten ab. Hier ist das Interesse an den deutschen Vorgängen und die leidenschaftlichste Ablehnung der nationalsozialistischen Barbarei so heftig wie in keinem europäischen Lande. Hier fallen die Nazis durch ihre verlogene Propaganda und ihren lauten Claqueurstreit besonders unangenehm auf. Sie setzen deutschamerikanische Geschäftsleute unter Druck, drohen mit Boykott und spitzeln wie daheim. Die Amerikaner machen zwar scharf gegen dies Treiben Front, aber die Deutsch-Amerikaner vermeiden eine öffentliche Stellungnahme, weil ein beträchtlicher Teil von ihnen noch in geschäftlichen Beziehungen zu Deutschland steht oder Nachteile für die im Dritten Reich lebenden Angehörigen befürchten muß. Am meisten stößt den Amerikaner jene widerliche Verlogenheit eingewandelter Hitlerjünger ab, die für Deutschland die unmenschlichste Diktatur vertreten, sich aber für USA als loyale Anhänger der demokratischen Verfassung aufspielen. Die Weimarer Demokratie genoß auf dem neuen Kontinent große Hochachtung, der braune Sadismus jedoch wird verachtet. Diese feige Folterung der Tapferen und Gedinnungsfesten, diese Niederknüpfung der Wehrlosen und Unbewaffneten — das versteht der in sportlicher Fairneß großgewordene Amerikaner nicht. Am fassungstoesesten stehen die Juden vor

Der Fluch der Diktatur

Das Gesicht der dirigierten Presse

Abschied von Sowjetrußland. Tatsachenroman von A. Rudolf, Schweizer Spiegel-Verlag. Preis fr. 6 schw. Fr.

Dies Buch ist eines jener aus tiefer Enttäuschung geborenen Erfahrungsbücher über Sowjetrußland, in denen die Autoren die Bilanz ziehen über ein großes Experiment: die Prüfung ihrer Ideale an der Erfahrung. Es hat sich wieder ein geistiger Mensch mit westeuropäischen Maßstäben an der sowjetrussischen Wirklichkeit eine bittere Enttäuschung zugezogen, die er sich von der Seele schreibt. Solche Bücher sind wertvoll, so unpopulär sie manchem aus parteipolitischen Rücksichten auch erscheinen mögen — vorausgesetzt, daß solche Bücher sich von grob denunziatorischen Absichten frei halten. Dies Buch ist hart mit seinen Tatsacheneinblendungen in Reportageform, aber aufrichtig und nicht denunziatorisch. Der Verfasser hat reichlich Gelegenheit gehabt, Erfahrungen zu sammeln: als Funktionär der Propagandamaschine der Gesellschaft der Freunde Sowjetrußlands, als Funktionär der Roten Gewerkschaftsinternationale und schließlich als stellvertretender Chefredakteur der »Roten Zeitung« in Leningrad. Befangen im revolutionären Idealismus glaubte er Brüder und Kameraden zu finden, und er stieß auf Bürokraten. Das ist eine Erfahrung, die jeder junge Intellektuelle durchzukämpfen hat — überall in der ganzen Welt, nicht nur in Sowjetrußland —. Das Thema von Balzac »Verlorenen Illusionen« wird immer wiederkehren, immer wieder wird der Idealismus der Jugend sich an Einrichtungen und an durch Einrichtungen verdorbene Menschen stoßen, immer wieder werden Menschen durch Einrichtungen verdorben werden. Der leidenschaftliche Aufschrei dieses Buches, dessen Dominante die Freiheit ist, richtet sich daher nicht nur gegen sowjetrussischen Bürokratismus und Journalismus, gegen kommunistische Parteilüge und Partei zwang, sondern gegen Bürokratismus, Journalismus, Parteilüge und Partei zwang überhaupt.

Aber das Hauptthema des Buches ist eben, daß der Verfasser diese gesellschaftlichen Gebrechen in Sowjetrußland überwunden glaubte, daß er gläubigen Herzen angenommen hat, daß dort die Bürokraten nicht Menschen, sondern ideale sozialistische Engel sein würden, die Journalisten rigorose Wahrheitssucher und innerlich ergriffene heilig Ueberzeugte, in einem Wort, daß die russischen Kommunisten bessere Menschen sein würden. Er fand statt dessen die Verwüstungen, die ein diktatorisches System an Seele und Charakter seiner Instrumente anrichtet, er erkannte die ungeheure Kluft zwischen dem, was Inhalt seiner Propaganda war und der Wirklichkeit des Sowjetsystems. Er hat diese Erfahrung verarbeitet, er hat sie nicht zum Alleinmaß-

stab seiner Kritik gemacht. Er vergleicht nicht nur Ideal und Wirklichkeit, sondern auch westeuropäisch-demokratische Wirklichkeit mit sowjetrussischer Wirklichkeit. Wenn er mit wenigen Strichen das Wesen des sowjetrussischen Bürokratismus zeichnet, seinen lärmenden Betrieb, in dem der Nutzeffekt im umgekehrten Verhältnis zum Lärm und zum leeren Betrieb steht, in dem mangelnde Geschlossenheit des Verwaltungsrechts und des Rechts überhaupt zu krasser Willkür und Intrige führt, die naiv-primitiven Methoden der Korruptionierung von Menschen, so steht dahinter als Vergleichsmaßstab der fortgeschrittenere Bürokratismus eines westeuropäischen Rechtsstaates.

Die Kritik dieses Buches zielt auf das Wesentliche. In wenigen Sätzen wird Entscheidendes über das Wesen der Sowjetpresse gesagt:

»Nicht die physische Ueberlastung war es, die Richard zermürbte, sondern die unmöglichen Ansichten, besser, der absolute Mangel eigener Ansichten bei Horgos. Immer wieder berief er sich auf irgend einen Parteibeschluß, auf einen pathetisch zitierten Ausspruch von Marx oder Lenin, den er auf seine Weise interpretierte, ohne seinen wirklichen Sinn zu verstehen. Immer hatte er Angst, wenn jemand wirkliches Leben, selbständige Gedanken in die Zeitung bringen wollte. Viertelstundenlang saß er über einem einzigen Satze, erwägend, grübelnd, ob darin keine »rechte« oder »linke« Abweichung verborgen wäre — am schließlich, als die halbe Redaktion und die Chefredakteure der im gleichen Hause befindlichen russischen Zeitung »Krasnaja Gaset« und »Smena« ihm die Unbedenklichkeit bestätigten, doch den Rotstift zu nehmen und in seinem unverfälschten langgezogenen ungarischen Akzent, die ersten Silben stark betonend, zu sagen: »Wissen Sie was, werde ich das streichen. Sicher ist sicher.«

»Aber in der Praxis verschwammen die Grenzen nur zu häufig. Eine allgemein gültige, konkrete Richtlinie ließ sich auch bei noch so sorgfältigem Studium der Zentralpresse nicht herausfinden, und allzuoft beim Stadtparteikomitee oder der Zensur anzufragen, ließ nur, seine eigene Unsicherheit beweisend, zu sagen: »Wissen Sie was, werde ich das streichen. Sicher ist sicher.«

Einmal sagte Horgos zu Albert: »Ich er nicht wußte, ob er einen seiner Artikel so erscheinen lassen sollte oder nicht: ...« Sie, ein Chefredakteur ist immer ein Selbstzwecker. Steht auf einer schwankenden Grundlage und muß haben Glück, wenn er soll nicht fallen herunter.«

Oder, wenn er den Chefredakteur Horgos über den »Fall Gábor« reden läßt:

Na ja, der Brustow hätte mich da bei dieser Sache beinahe hereingelegt. Ist doch damals der Artikel in »Deutsches Zentral-Zeitung« erschienen gegen uns, daß »Rotte Zeitung« hatt gebracht günsti-

ges Kritik von Gábor über »Kramladen«, neues Roman von Gustav Brand. Sagt da in »Zentral-Zeitung« jemand von tschechisches Kominternsektion, Buch ist sich sozialdemokratisches Kontrebande. Hatte ich mich natürlich verlassen auf Gábor und bekomme da großes Schreck. Schicke ich gleich den Brustow nach Moskau, soll er klären Sache. Ruft Brustow sofort an, soll ich abgeben Erklärung, daß habe begangen politisches Fehler durch Veröffentlichung von Probekapitel und Kritik von Gábor. Denke ich, was kann man da machen und schicke ab Erklärung. Da höre ich von anderer Seite, daß Sache noch gar nicht geklärt, ob behält recht Kominternfunktionär in »Zentral-Zeitung«.

»Und was ist dann weiter geworden?« will Richard wissen.

»Nun, habe ich glücklicherweise noch Erklärung bekommen zurück, ehe ist in Hände gekommen von »Deutsches Zentral-Zeitung«. Und dann hat Gábor gemacht großes Krach. Darauf hat man gegeben Buch zu lesen Radek, der hat gesagt, Buch ist gut und Gábor und Buch sind rehabilitiert. Stellen Sie sich nun vor, wäre schon vorher gestanden meine Erklärung in »Zentral-Zeitung«, daß ich einsehe, Buch sein politisch schädlich und Kritik sein falsch und habe ich begangen Unterlassung in Klassenwachsamkeit durch Veröffentlichung.«

Oder über den Piscatorfilm »Aufstand der Fischer«.

»Na ja, ihr wißt doch, ich bin da von verschiedenen Stellen angegriffen worden, daß ich die ziemlich positive Kritik von Balász über den Piscatorfilm gebracht habe, während er von der »Kino-Gaseta« greulich verrissen wurde. Und was ist geschehen? Der Kritiker von der »Kino-Gaseta« ist abgesetzt, der Chefredakteur hat einen strengen Verweis bekommen. Allerdings in aller Stille,« fügte er, seine Wohlorientiertheit unterstreichend, hinzu.

»Aber der Film war doch wirklich sehr mäßige, gibt Richard zurück.

»Sehen Sie, Lengyel, bin ich alter Fuchs in Partei, und lerne doch nie aus. Habe ich damals auch lange diskutiert mit Brustow, ob wir wollen bringen Kritik von Balász oder nicht. Aber da hat schon früher Pieck von deutsches Partei geschriben günstiges Vorbesprechung und hat gehalten Fritz Heckert große Rede bei Uraufführung, habe ich mir gedacht, wenn führendes Kominternfunktionär lobt als »Film der Einheitsfront« kann man eben nicht herunterreißen, und wenn ist noch so schlecht.«

»Ich kann mir nicht helfen, ich finde den Film, bis auf ganz wenige Stellen, miserabel. Und es will mir nicht in den Kopf gehen, wie man mit einem künstlerisch und ideologisch wertlosen Film der Kunst und der Idee dienen kann!«

»Wenn Sie von mir wollen annehmen gutes Rat, denken Sie, was Sie wollen, aber sagen Sie solche Dinge nicht öffentlich. Spreche ich zu Ihnen nicht als Vorgesetzter oder Parteifunktionär, sondern ganz privat, weil ich gutt meine mit Sie. Können sich damit sehr leicht verkümmern die Finger, wie Kritiker von »Kino-Gaseta.«

Hier erscheint die ganze Erbärmlichkeit einer dirigierten Presse und die Verwüstung von Gesinnung und Charakter, die ein solches System bei seinen Dienern anrichtet. Wo ist der Unterschied gegenüber dem nationalsozialistischen Presseystem? Der Leser

dieses Buches wird unwillkürlich immer wieder auf die Ähnlichkeit beider Systeme stoßen, nicht nur auf dem Gebiete des Journalismus. Er wird durch diesen Vergleich auf einige ganz grundsätzliche Punkte hingelenkt werden: es ist der Mangel an wirklicher öffentlicher Kontrolle und an Freiheit der Kritik, die dem Sowjetbürokratismus seine widerwärtigen Züge verleiht, es ist der Mangel an Pressefreiheit, der die Sowjetpresse verdorbt, es ist der Mangel an Freiheit überhaupt, der die Generalkritik im Sowjetsystem rechtfertigt. Max Klinger.

Hammerschläge

Aus einer norddeutschen Nazizeitung:

»Deutsche Kunst ist wie ein Hammerschlag, sie kann Scherben machen — aber selbst diese Scherben sind vom schöpferischen Genus besetzt.«

Da ist ja am Genus kein Mangel — Scherben sind in überreicher Fülle vorhanden.

Das Ersatzschwein

In der Hohen Straße zu Köln hat ein Schokoladengeschäft sein Schaufenster mit einem halben Marzipanschwein in Spanferkelgröße geziert. Darüber steht zu lesen: »Hier gibt es Schweinefleisch in Hülle und Fülle.« Die »Kölnische Volkszeitung« bemerkt dazu schmunzelnd:

Der Anblick des schlank und lebensgetreu im Schaufenster liegenden Marzipanschweines wird von den Vorübergehenden mit der heitergestimmten Freundlichkeit begrüßt, mit der man den geschickten Imitator eines guten, seiner Komik und seiner nützlichen Gütmütigkeit wegen beliebten Bekannten belohnt, der seit einiger Zeit auf einer langen Reise ist.

Hoffentlich reagiert auch die Gestapo mit »heiter gestimmter Freundlichkeit«. Verschiedene Kabarettkünstler sind milderer Scherze wegen schon auf »lange Reisen« geschickt worden.

Der große Patriot

Generalversammlung der Berliner »Ufa« (Universum Film A. G.) Herr Geheimrat Hugenberg spricht (nach dem Bericht der »Frankfurter Zeitung«):

»Grade dieser Umstand gebe Veranlassung, den Angriffen gegen die Verwaltungsbürokratie mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Ein Unternehmen zugrunde zu richten, sei eine Kleinigkeit. Es sei notwendig, den Vorstand sorgsam auszuwählen und angemessen zu behandeln.«

Herr Hugenberg ist immer noch Reichstagsabgeordneter von Gnaden der Nazis, die es bekanntlich mit dem »deutschen Sozialismus« nur so zu tun haben. Seit seinem stiebzigsten Geburtstag gilt er sogar Herrn Göbbels, der einmal von seinem Regime als der »besten Arbeiterregierung der Welt« sprach, als »der große Patriote« (laut amtlichen Geburtstagstelegramm). Man kann es also mit Robert Ley nicht leugnen: Jeden Tag dem Sozialismus um Kilometer näher!

USA diesem hunnischen Ausbruch gegenüber. Seger schreibt:

»Kein Teil der Deutschamerikaner hat während des Krieges so fest zu Deutschland gehalten wie die deutschen Juden; kein Teil hat so hohe Beträge an deutscher Kriegsanleihe gezeichnet wie die deutschen Juden; das ist mir nicht etwa nur von den Juden selbst, sondern viel öfter von nicht-jüdischen und nichtdeutschen Amerikanern gesagt worden, immer wieder... Es ist mir ganz unmöglich, die Ausbrüche an Bitterkeit wiederzugeben, die ich mir deshalb habe anhören müssen...«

Das Buch ist reich an Beobachtungen, wie sie vor allem dem Emigranten auffallen. Ein Kapitel wird dem Hollywooder Filmbetrieb, ein anderes neuen sozialen Strömungen und halbfaschistischen Bewegungen gewidmet, die vorläufig in USA noch schwach sind, aber aus der immer stärker werdenden antikapitalistischen Sehnsucht der breiten Massen erwachsen. Im Ganzen beweist das Buch, wie sehr Deutschland durch die braune Barbarei in der Welt verloren hat. Gregor.

Der Wartesaal

Was wartet im Hitlerreich nicht alles! Göbbels wartet auf junge Talente, die Theater auf annehmbare Stücke, die Kinos auf brauchbare Filme. Wie Hitlers 14 Jahre Mißwirtschaft in seinen Reden, so kehrt in der Presse stereotyp der Soufzer wieder: Wir warten! In der DAZ wird nach dem »Film mit echtem Humor« gerufen: Es heißt da:

»Wirklich humoristisch wäre demnach ein Film erst, wenn es gelänge, ihn aus der Grundstimmung verstehenden Lächelns heraus zu gestalten, daß während seines Ablaufes deutlich wird: zweifellos hat das Leben seine Widersprüche und Rätsel, geht das Schicksal häufig recht sonderbare

Wegen, ist es mit dem Menschen vielfach nicht rühmlich bestellt — aber indem wir darum wissen, erheben wir uns über unsere Komik; betrachten wir die Dinge gütig; finden wir die Möglichkeit des freien Lächelns, den Weg zum Humor, der die Dinge schaut wie sie sind... Filme, die diese Art des tiefen Humors spiegeln, gibt es naturgemäß recht selten — wir hoffen und warten geduldig.«

Und werdet noch lange warten, denn auch zum Humor gehört innere Freiheit und Unabhängigkeit, mindestens ein Minimum Freiheit der Kritik. Freiere Länder haben solche Filme. Ein großes Beispiel: Chaplin, der sich im Dritten Reich nur unter polizeilicher Bedeckung auf die Straße wagen könnte.

Aufs Warten war auch eine Verleger-tagung gestimmt, auf der ein Vertreter des Propaganda-Ministeriums sprach:

»Bisher sei von den Verlegern in der Zusammenarbeit mit der Beratungstelle das Untragbare getilgt worden. Nun müsse die positive Arbeit kommen. Das sei insofern schwer, weil gerade für gutes Unterhaltungsschrifttum ein Mangel an Autoren festzustellen sei. Das dürfe aber nicht dazu verführen, wieder in die alten Gewohnheiten zurück zu sinken. Bei einer Rückständigkeit und einem Verharren in gestrigen Motiven bedrohe der Verleger seine Existenz.«

Das heißt, wenn der Verleger keine braune Unterhaltungsliteratur bringt, wird er von Göbbels bedroht. Nun sitzen sie da und warten, indes sich die Leser unter der Hand die Bücher von ehemals weiterreichen.

Ein antirussischer Hetzfilm

Nun hat Hitlerdeutschland seinen ersten antirussischen Film, »Friesennot« betitelt, mit Friedrich Kayßler in der Hauptrolle. Die

Handlung ist eine entsetzliche Mischung von Kitsch und Rassenhetze: ein »Dorf friesischer Anwesler« in unwegsamem Wäldern an der Wolga wird von einem Trupp Rotarmisten heimgesucht, bestohlen, maltätiert. Die »Friesen« mit ihrem Vorsteher sind kernige, teutonische Gestalten mit blonden Kindern — ihnen gegenüber die Vertreter Sowjetrußlands, »leichtsinig, brutal, hinterhältig«, wie ein Frankfurter Blatt berichtet. Mongolische Typen. Ein deutscher Pfarrer wird erschossen, an den Wänden des Russenquartiers kleben Plakate der Gottlosenpropaganda, ein Mädchen muß friesenmäßig wegen Rasseverrats ausgestoßen werden, ein Rotarmist fällt eine Friesenbraut an, wird dafür vom Friesenschmied heimlich erwürgt und mit den unbefangenen Redensarten brauner Fememörder verscharrt, während der Trupp roter Untermenschen im Bethause säuft. Friesen bringen ein Mädchen getragen — »tot, geschändet...« — So treiben es die Roten, bis schließlich sogar der bibelfeste germanische Vorsteher die Bibel beiseite schiebt und zum Revolver greift. Der betrunkene Bolschewistentrupp wird zusammengeschossen, dann brennen die »Friesen« ihr Dorf ab »und verlassen das Land«. Kurz, den Leuten wird was geboten für ihr Geld.

Die Nazipresse lobt diesen hirnrissigen Hetzfilm befehlsgemäß, einigen gleichgeschalteten Blättern merkt man immerhin die Scham an. Die Frankfurter Zeitung gibt den Bißsinn der Handlung ausführlich wieder und enthält sich jeden Urteils. Nur am Schlusse sitzt der ironisch wirkende Vermerk:

(Dieser Delta-Film, dem eine Novelle

von Werner Korwich zugrundeliegt, und der das Prädikat »künstlerisch und staatspolitisch wertvoll« erhielt, läuft zur Zeit in den Pali-Lichtspielen zu Frankfurt.)

Es ist wohl das erste Mal, daß die Regierung eines europäischen Landes in dieser verlogenen Manier per Film gegen ein anderes Volk und sein Regierungssystem hetzt. Den Russen wird mit dieser politischen Borniertheit die Bahn frei gemacht für einen Film gegen das braune Hunnentum. Er könnte zeigen, wie diese geflüchteten Friesen samt ihrem Vorbeter ein reichliches Jahrzehnt später in der deutschen Heimat von braunen Rotzuben im KZ geschändet, gemartert und erschlagen werden.

Die Eingegliederte

Aus Ludendorffs »Am Quell deutscher Kraft«:

»Aus keuschem Leib wächst die Erfüllung. Edelgewachsene Jungfrau, aus bestem Blut, lebenswichtig und innerlich eingegliedert in die erwachende Heimat, sucht einen Mann, der ihr gleichgestimmt ist fürs Leben...«

Die »lebenswichtige« Jungfrau pocht mit dem Eisenhammer an die Liebestür. Gleichgestimmte Männer mit solidem Brustkorb werden gebeten, vorzutreten.

Ahnenkult. Der Vater des Stabschefs der SA, Schuhmachermeister Lutze in Bevergen (Westfalen) ist als Ehrenbeamter auf Lebenszeit zum Mitglied des Kreisausschusses des Kreises Tecklenburg ernannt worden.

Schluß mit der Arbeitsfreiheit

Kriegswirtschaftlicher Arbeitseinsatz

Die kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen des faschistischen Deutschlands haben mit dem Gesetz über Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung vom 5. November 1935, das bereits am 1. Dezember in Kraft treten soll, ihre Krönung erfahren. Was es bei dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit bereits als Zweck sichtbar geworden, aus den freien Arbeitern künftig Arbeitsoldaten zu machen, so entspricht es der auf den Krieg orientierten Umstellung und Reorganisation der Wirtschaft, wenn nun auch die freie Verfügung des Arbeiters oder des Angestellten über seine Arbeitskraft aufgehoben, die Arbeitsvermittlung durch den staatlich manipulierten Arbeitseinsatz ersetzt wird. Die Wahl des Arbeitsplatzes durch den Arbeiter war schon in den zurückliegenden Monaten immer mehr eingeengt worden. Das Regime hatte von Anfang an die Selbstregulierung des Arbeitsmarktes preisgegeben, es verneint überhaupt prinzipiell eine Arbeitsmarktpolitik. Im Mai 1934 erschien die erste Verordnung über die Regelung des Arbeitseinsatzes, durch die eine behördliche Zuzugssperre für Berlin, Hamburg und Bremen ermöglicht worden war. Im August 1934 wurden durch die Verordnung über Verteilung von Arbeitskräften die Arbeitsplätze von Jugendlichen geräumt. Im Dezember 1934 ist durch Erlass die Freizügigkeit der Metallarbeiter aufgehoben worden. Dazu kamen die Einführung des Arbeitsbuches, die Schaffung des Arbeitsdienstes, der Landhilfe und der Notstandsarbeiten. All diese Zwangsmaßnahmen hatten den Arbeitsmarkt schon weitgehend lahm gelegt. Von der Notstandsarbeit zur Zuzugssperre, vom Einstellungsverbot zur Einstellungsgenehmigung liefen die vorbereitenden Maßnahmen, mit denen die Bewegungsfreiheit des Arbeiters allmählich aufgehoben worden ist, bis nun durch das Gesetz vom 5. November die vorausgegangenen Teilbestimmungen in ein Rahmengesetz zusammengefaßt und soweit als noch nötig, ergänzt wurden.

Der Erlass vom 5. November offenbart schon rein äußerlich seinen militärischen Charakter. Dieses »Gesetz«, das ganz zu Unrecht von Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, und Lehrstellenvermittlung spricht, ist gleich einem Armeebefehl in fünf kurzen Sätzen — genannt Paragraphen — zusammengefaßt, von denen die beiden ersten den ganzen materiellen Inhalt des Befehls umfassen.

Numer 1 besagt, daß Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung nur von der Reichsanstalt betrieben werden dürfen. Ihr Präsident kann andere Einrichtungen mit der nicht gewerbmäßigen Betätigung beauftragen, doch wird der Auftrag auf Antrag nur insoweit erteilt, »als es für die Regelung des Arbeitseinsatzes zweckmäßig ist.«

Numer 2 besagt, daß der Präsident der Reichsanstalt anzuordnen hat, wenn bestimmte Personengruppen bevorzugt in Arbeit vermittelt werden dürfen, soweit »staatliche Notwendigkeiten« dazu vorliegen.

Das Gesetz sagt eigentlich nur, welche Stelle künftig über den Einsatz von Arbeitskräften zu befahlen hat. Eine Vermittlung findet überhaupt nicht mehr statt. In einem Kommentar der »Sozialen Praxis« (Heft 46—1935) über die Lenkung des Arbeitseinsatzes schreibt das Blatt offenherzig:

»Diese Ordnung erfordert, daß nicht mehrere Kommandostellen arbeiten können, sondern daß eine Kommandostelle besteht.«

Auch die Durchführungserlasse sollen in der gleichen Befehlsform verfaßt werden. Es ist eine offenkundige Täuschung der Arbeiter, wenn in einer historischen Betrachtung der »Sozialen Praxis« versucht wird, die hier verkündete Zentralgewalt des Präsidenten der Reichsanstalt als ein »Vermittlungsmittel« zu bezeichnen, das als der Abschluß der organischen Entwicklung des deutschen Arbeitsnachweiswesens angesehen werden soll.

Der Arbeitsnachweis war vor Hitlers Machtantritt in die soziale Arbeitsschutzgesetzgebung eingebaut.

Die Gesetzgebung über die Arbeitsvermittlung verfolgte soziale und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte, während die jetzt getroffene Regelung des Arbeitseinsatzes unter ausgesprochener Nichtachtung des Arbeiters die planmäßige Verwendung der menschlichen Arbeitskräfte nach den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft bezweckt. Die Gesetzgebung in der Republik strebte wohl nach einer zentralen Regelung der Arbeitsbeschaffung in

der Weise, daß Arbeitsangebot und Nachfrage an Zentralstellen erfaßt werden, sie verfolgte in ihrer Organisation sozial- und lohnpolitische Zwecke. Die Arbeitsverhältnisse und die Löhne waren mit den Vermittlungsbedingungen verbunden. Die unmittelbare Beteiligung der Gewerkschaften und die Selbstverwaltung des Arbeitsnachweiswesens waren darum von entscheidender Bedeutung. Der organische Zusammenhang zwischen der Arbeitsvermittlung mit der Arbeitslosenversicherung in einem Gesetz gab vor allem lohn- und tarifpolitische Sicherungen. Es kann also keine Rede davon sein, daß nach der Zerschlagung aller mit dem Arbeitsnachweis in Wechselwirkung stehenden sozialpolitischen Gesetze, wie Betriebsrätegesetz, Tarif- und Schlichtungsgesetz, Kündigungsschutz, Stilllegungsverordnung usw. nun etwa die staatliche Zwangsregelung des Arbeitseinsatzes auch nur das mindeste mit den sozialen Aufgaben der früheren Arbeitsvermittlung zu tun hätte.

Die »Soziale Praxis« gibt auch zu, daß die Kriegsbedürfnisse entscheidend sind.

Sie erinnert an den Weltkrieg, der das Fehlen einer solchen Arbeitseinsatz-Zentrale

erwiesen hätte. Sie zitiert eine militärische Stelle, die im Kriege die damaligen Mängel wie folgt beschrieben hatte:

»Wir hatten uns u. a. die Aufgabe gestellt, die Arbeitskräfte von einem Beruf in den anderen hinüber zu leiten. Wir hatten die Berufe in der Rüstungsindustrie, die sehr bald alle vorhandenen Arbeitskräfte aufbrauchten. Wir mußten bedacht sein, aus anderen Industrien die Arbeiter herüber zu leiten... Da sind Leute hinausgegangen, die dann die Stellen besetzt fanden und uns später die heftigsten Vorwürfe machten, weil wir uns nicht versichert hätten, ob tatsächlich die Arbeitsstelle noch frei war. Das Fehlen einer eingearbeiteten Zentrale machte eine wirkliche Lenkung des Arbeitseinsatzes unmöglich oder erschwerte sie doch auf unerträgliche Weise.«

Die aus der Kriegszeit noch erinnerliche Zwangslage der Arbeiter soll also im Dritten Reich zur Dauerregelung gemacht werden, d. h. eben Ersetzung der Arbeitsvermittlung durch staatliche Lenkung des Arbeitseinsatzes.

Die Erläuterung zu Nummer 2 des Befehls der Reichsanstalt geht dahin, daß durch die hier erteilte Generalvollmacht Personengruppen beliebig umgeschult und in andere Berufe geschoben werden können, je nach den Kriegsbedürfnissen. Ebenso soll die Berufs-

Verschärfung der sozialen Spannung

Die umfangreichen staatlichen Rüstungsaufträge haben der Produktion verschiedener Industriezweige einen beachtlichen Aufschwung gebracht. Besonders die Jahresberichte der Konzernunternehmungen der Schwerindustrie, des Bergbaus und der chemischen Industrie geben Aufschluß über das Ausmaß der deutschen Staatskonjunktur.

Man erfährt aus diesen Veröffentlichungen Näheres über die Produktionsentwicklung, während sie die erzielten Gewinne schon weniger klar ausweisen. Immerhin können sie nicht ganz verbergen, daß die Staatskonjunktur eine recht beträchtliche Erhöhung des Profits ge-

bracht hat. Nur zum Teil ist der Profit aus den Abschreibungen, den Rücklagen, den Dividenden und aus den Tantiemen ersichtlich.

Für die Arbeiter- und Angestelltenschaft hat die Staatskonjunktur die Wirkung der Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter nicht gehabt. Im Gegenteil: die Steigerung der Gesamtlohnsumme ist prozentual viel geringer als die Steigerung der Produktion. Wir führen dafür als Beweis die Ziffern von dreien der größten Konzerne der deutschen Schwerindustrie an:

Hoesch-Konzern

	1932/1933	1934/1935	Steigerung gegenüber 1932
Kohlenförderung	3.786.000 t	4.915.000 t	29%
Roheisenerzeugung	342.000 t	rd. 800.000 t	etwa 150%
Rohstahlerzeugung	475.000 t	960.000 t	101%
Löhne, Gehälter und soziale Aufwendungen	44,7 Mill. RM.	62,1 Mill. RM.	39%

Klöckner-Konzern

	1932/1933	1934/1935	Steigerung gegenüber 1932
Kohlenförderung	2.234.000 t	2.966.000 t	25%
Roheisenerzeugung	168.000 t	507.000 t	200%
Rohstahlerzeugung	342.000 t	773.000 t	125%
Löhne, Gehälter und soziale Aufwendungen	32,2 Mill. RM.	46,9 Mill. RM.	44%

Gute-Hoffnung-Hütte-Konzern

	1932/1933	1934/1935	Steigerung gegenüber 1932
Kohlenförderung	2.157.000 t	2.967.000 t	38%
Roheisenerzeugung	258.000 t	578.000 t	125%
Rohstahlerzeugung	339.000 t	803.000 t	137%
Löhne, Gehälter und soziale Aufwendungen	36,0 Mill. RM.	56,0 Mill. RM.	55%

Während die Erzeugung von Roheisen und Rohstahl bei einigen Konzernen bereits wieder die höchsten Produktionsziffern des Konjunkturjahres 1928/1929 überschritten haben, liegt die Gesamtlohnsumme noch weit unter dem Stand dieses Konjunkturjahres.

Es geht daraus hervor, daß die Vorteile des höheren Ausnutzungsgrades der Produktionskapazität und der weiter getriebenen Rationalisierung ausschließlich den Kapitalisten zugute kommen. Die Erhöhung der Gesamtlohnsumme bedeutet also keineswegs Erhöhung des Einzellohnes und ebenso wenig Erhöhung des Lohnanteils an den Produktionskosten.

Soweit in den Konzernberichten Angaben über den Lohnanteil an den Produktionskosten enthalten sind, ist aus ihnen zu ersehen, daß er immer weiter zurückgeht. Je Tonne Steinkohlenförderung betrug er bei den Rheinischen Stahlwerken in Essen im Geschäftsjahr 1932/1933 6,58 RM., 1934/1935 nur noch 6,22 RM. Bei der Harpener Bergbau-A.-G. ging er von 5,97 RM. im

	Winterhall A.-G. 1932/1933	1933/1934	Aschersleben A.-G. 1932/1933	1933/1934	Salzdefurth A.-G. 1932/1933	1933/1934
Löhne und Gehälter	3,16 RM.	2,61 RM.	5,73 RM.	3,80 RM.	2,82 RM.	2,53 RM.
Soziale Abgaben	0,61 RM.	0,51 RM.	0,94 RM.	0,49 RM.	0,33 RM.	0,28 RM.
Steuern	1,74 RM.	0,52 RM.	1,33 RM.	0,76 RM.	?	?

Also auch hier die gleiche Tendenz: bei steigender Produktion und steigendem Absatz sinkt der Anteil der Löhne und Gehälter und sinkt gleichzeitig auch der Anteil der sozialen Abgaben und der Steuern!

So bringt die Staatskonjunktur des Dritten Reiches den Konzernkapitalisten riesige

Gewinne. Die Arbeiter und Angestellten aber werden auf dem niedrigen Lohnniveau der Krisenzeit festgehalten, ihr Anteil am Sozialprodukt sinkt fortgesetzt. Die Folge davon ist eine Verschärfung der sozialen Spannungen, deren Wirkungen die nationalsozialistischen Machthaber trotz aller Beteuerungen, daß die Klassengegensätze beseitigt seien, auf die Dauer nicht werden unterdrücken können.

beratung an die Sonderkonjunktur (Kriegskonjunktur) angepaßt werden ganz im Gegensatz zur früheren Berufsberatung, die Fähigkeiten und berufliche Eignungen des jungen Arbeiters zu ermitteln hatte. Es gibt nach dem Erlass vom 5. November 1935 weder eine Berufsberatung, noch eine Lehrstellenvermittlung, sondern eine berufliche Abkommandierung, die mit den Wünschen des Jugendlichen oder mit der Ausbildung eines Lehrlings in keinerlei Zusammenhang mehr steht. Um den letzten Zweifel über den Hauptzweck der Ausbildung zu zerstreuen, schreibt die »Soziale Praxis«:

»Die gegenwärtige und künftige Verteilung der Arbeitskräfte ist voller Probleme. Dasjenige der Jugendlichen ist für den Augenblick durch Wehrdienst und Arbeitsdienst gelöst.«

Für die Jugend ausschließlich militärische Vorbereitung, für die erwachsenen Arbeiter und Angestellten Neuverteilung der Arbeitsplätze nach den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft, Aufhebung jeder Verfügung und Verwendung der eigenen Arbeitskraft, das ist der Sinn dieses Kriegsplanes zur Lenkung des Arbeitseinsatzes vom 5. November 1935. Freiheit und Ehre der Arbeit sollen einem stupiden Landsknechtum geopfert werden.

Göbbels lacht Hitler aus

Ein Bild, das die Wahrheit spricht

Durch die deutsche Presse geht ein seltsames Bild, das eigentlich wegen Verächtlichmachung des »Führers« und Reichskanzlers verboten werden müßte, wenn ja nicht Herr Göbbels selber der Initiator des Fotos zu sein schiene.

In Berlin fand ein höchst offizieller Rummel »zugunsten des Winterhilfswerkes statt. Gigli sang, der italienische Botschafter Attolico, seine Gattin und Herr Göbbels mit Frau waren anwesend. Herr Hitler saß neben Frau Attolico, der Botschafter an einem, der Propagandaminister an anderen Ende der Reihe. Der »Führer« sitzt auf dem Bilde mit versticktem Gesicht da und faltet die Hände unter dem Kinn wie zum Gebet; die aufdringliche Schmierenseite ist um so auffälliger, als die Uniformierten und Nichtuniformierten seiner Umgebung völlig gleichgültig und desinteressiert sind und sehr ungeniert miteinander plaudern. Herr Göbbels aber lacht dem italienischen Botschafter mit einer unverkennbaren Gebärde auf den im Trancezustand befindlichen »Führer« zu und der Italiener erwidert das Gelächter. Dies Bild sagt mehr als hundert zynische Ergebnissadressen des braunen Bonzenklüngels an ihren »Führer«...!

Der deutsche Hochsprung

Aus einer Nazi-Sportzeitung:

»Deutscher Sport ist kein sinnloses Kräftemessen, sondern in jeder Sekunde heiliger Dienst am Vaterland! So wird aus jedem Hochsprung, jedem Treffer ins Tor ein Schritt in die Zukunft...«

»Deutscher Sport« — seit wann gibt es das? Das wird eine nette Olympiade werden!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60). Belgien Frs. 2,45 (29,50). Bulgarien Lew 8.— (96.—). Danzig Guld 0,45 (5,40). Deutschland Mk. 0,25 (3.—). Estland E. Kr. 0,22 (2,64). Finnland Fmk. 4.— (48.—). Frankreich Frs. 1,50 (18.—). Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—). Holland Gld. 0,15 (1,80). Italien Lit. 1,10 (13,20). Jugoslawien Din. 4,50 (54.—). Lettland Lat. 0,30 (3,60). Litauen Lit. 0,55 (6,60). Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50). Norwegen Kr. 0,35 (4,20). Oesterreich Sch. 0,40 (4,80). Palästina P. Pf. 0,020 (0,216). Polen Zloty 0,50 (6.—). Portugal Esc. 2.— (24.—). Rumänien Lei. 10.— (120.—). Schweden Kr. 0,35 (4,20). Schweiz Frs. 0,30 (3,60). Spanien Pes. 0,70 (8,40). Ungarn Pengó 0,35 (4,20). USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2929. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.